Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus 2.40 Mark, durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Hallesche Zeitungsverlag GmbH. Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 18 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 36471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 28. Februar 1931 | 11. Jahrgang Nr. 50

Sie sind im Angriff

Abrechnung mit den Feinden des Volkes!

Mitteldeutsche Proleten liefern National- und Sozialfaschisten schwere politische Niederlagen — In Halle Naziversammlung nur durch Severings Polizei ermöglicht — Schwere Niederlage des Sozialfaschisten Dr. Hertz in Ammendorf

Halle, den 28. Februar.

Der NSDAP hatte gestern abend in Halle zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen und angekündigt, in dieser Versammlung ausschließlich den Kampf gegen die Kommunistische Partei diskutieren zu wollen. Die Kommunistische Partei und der Bund gegen den Faschismus hatten aus diesem Grunde zur Gegendemonstration vor dem Versammlungslokal Reyß aufgerufen. Viele Hunderte von Arbeitern demonstrierten gestern gegen die nationalsozialistischen Volksverführer. Die Polizei hatte zum Schutz der Naziversammlung mehrere Hundertschaften aufgeboten!

Schon vor Beginn der Versammlung war der Zustrom von Teilnehmern der antifaschistischen Demonstration ein derartig großer, daß die Polizei, obwohl die Demonstration nicht verboten war, dazu überging, die Umgebung des faschistischen Versammlungslokals mit brutaler Gewalt zu räumen. Die Demonstranten waren aber nicht von den Straßen wegzubringen und sich trotz des Polizeiterrors bis in die Nacht immer wieder versammelten. Immer wieder erscholl aus Hunderten von Kehlen der Ruf: „Nieder mit dem Faschismus!" vor dem Versammlungslokal. Gegen 9 Uhr formierten sich die Arbeiter zu einem machtvollen Demonstrationszug, der an dem Versammlungslokal der Nazis vorbeibewegte.

Dabei gingen die Polizeimannschaften der Severing-Polizei auf Befehl eines Nazi-Provokateurs dazu über, wilde Gummiknüppelattacken gegen die demonstrierenden Arbeiter zu unternehmen. Zahlreiche Arbeiter wurden verletzt, eine Arbeiterin mußte mit dem Krankenauto abtransportiert werden.

Festgestellt, daß die Polizei auf ausdrückliches Verlangen der Nazis diese Attacken gegen die Arbeiter vorgenommen hat. Die Severing-Polizei hatte den Schutz dieser Versammlung freiwillig übernommen. Ohne die Polizei wäre die Auflösung der faschistischen Versammlung unmöglich gewesen.

Im „Stadtschützenhaus" waren die Nazis unter dem Schutze der Polizeiknüppel gezwungen, dem Genossen Berger das Wort zu erteilen. Ein Vorgang, der einzig dasteht und beweist, wie wirksam das Offensive des antifaschistischen Kampfes unter der Führung der Kommunistischen Partei den Hitlerianern die Felle gerbt. Die, die monatelang keinen „kommunistischen Hund" sprechen ließen, müssen das jetzt — ob sie wollen oder nicht — ertragen. Genosse Berger hielt eine vernichtende Abrechnung mit der Hitlerpartei der Lüge, der Verleumdung und des Betrugs.

Da man nur 20 Minuten Redezeit bewilligt war, sprach er unter immer wiederkehrender stürmischer Zustimmung der Massen 35 Minuten.

Die politische Niederlage der Nazis unter dem Schutze der Polizeiknüppel wurde durch dessen Gesamtmiene noch stärker unterstrichen. Alle Provokationsversuche der Nazis scheiterten an der eisernen Disziplin der Arbeiter. Unter starker Polizeibedeckung mußten die ängstlichen Nazis in langen Zeitabschnitten nach Schluß nach Hause transportiert werden. So war ihnen die proletarische Antwort auf die freche Herausforderung der Kommunistischen Partei in die Knochen gefahren.

•

Jeder Arbeiter, der gestern an der antifaschistischen Demonstration der Kommunistischen Partei teilgenommen hat, ist der festen Ueberzeugung: Die Naziversammlung wäre nicht zustandegekommen, wenn nicht die Polizei den Schutz dieser Versammlung übernommen hätte. Die Nazis, die zu feige sind, die Kommunisten zu einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung aufzufordern, können in Halle ohne die Polizei keine Versammlung durchführen!

Die Severing-Polizei schützt die Naziversammlungen; sie verschafft den Nationalfaschisten die Möglichkeit, eine tagelange öffentliche Hetzkampagne an den Plakatsäulen gegen die Kommunistische Partei zu betreiben. Die Severing-Polizei knüppelt im Auftrage nationalsozialistischer Provokateure wehrlose Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegen den Faschismus demonstrieren, nieder.

Die Severing-Polizei hat sich gestern für den Nationalfaschismus, für die nationalsozialistischen Mordbanditen in hervorragender Weise verdient gemacht. Besser kann der werktätigen Bevölkerung die Faschisierung des Staatsapparates der deutschen Republik nicht demonstriert werden, als durch die gestrigen Ereignisse in Halle. Hand in Hand haben Nazis und Polizisten gegen das revolutionäre Proletariat gekämpft! Die Arbeiterklasse muß aus dieser Tatsache die Lehre ziehen und erst recht die eiserne Kampfesfront gegen den National- und Sozialfaschismus herstellen!

Glänzende Versammlung in Luckenau!

Bergholz und Möller als Feiglinge erneut gebrandmarkt

Luckenau, 28. Februar. (Eig. Drahtm.)

Gestern abend fand in Luckenau im Hinblick auf die am Sonntag stattfindende Kommunalwahl im überfüllten Saal eine Versammlung der Kommunistischen Partei statt, in der Genosse Böschen sprach. Bergholz und Möller, die schriftlich eingeladen waren, sind feige gekniffen. Die Stimmung der Versammlung war glänzend. Morgen heißt es für alle Werktätigen von Luckenau: Jede Stimme der Liste der Kommunisten!

Warum Industrie- und Landarbeitertag?

Halle, den 28. Februar.

Unser Bezirk Halle-Merseburg ist einer der wichtigsten Industriebezirke Deutschlands. Aber gleichzeitig spielt die Landwirtschaft in unserem Bezirk eine ausschlaggebende Rolle.

Die große Masse der landwirtschaftlichen Betriebe sind auch in unserem Bezirke Zwerg-, Klein- und Mittelbetriebe. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1925 gab es im Regierungsbezirk Merseburg 50 641 zwerg- und kleinbäuerliche Betriebe von 2 bis 20 Morgen (4 Morgen gleich 1 Hektar) mit einer Gesamtfläche von 103 773 Hektar, 19 548 mittelbäuerliche Betriebe von 20 bis 80 Morgen mit einer Gesamtfläche von 245 299 Hektar, 5695 großbäuerliche Betriebe von 80 bis 400 Morgen mit einer Gesamtfläche von 254 453 Hektar und schließlich 743 Großbetriebe mit mehr als 400 Morgen, darunter 38 von 2000 bis 4000 Morgen und 3 mit mehr als 4000 Morgen mit einer Gesamtfläche von 229 000 Hektar. Die Zwerg-, Klein- und Mittelbauern machen die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber aus. Die 70 189 Mittel-, Klein- und Zwergbauern besitzen zusammen aber nur 349 072 Hektar, während die 6428 Gutsbesitzer und Großbauern weit mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche, nämlich 483 453 Hektar besitzen. Diese Zahlen stammen aus dem Jahre 1925. Wenn inzwischen Verschiebungen im Besitz vor sich gegangen sind, dann nur zu gunsten des Großbetriebes.

Die gewaltige Fläche von 483 453 Hektar wird von den Großbauern und ganz selbstverständlich von den Gutsbesitzern mit fremden Arbeitskräften, nämlich mit Landarbeitern und Landarbeiterinnen bearbeitet. Ebenfalls im Jahre 1925 wurden im Regierungsbezirk Merseburg 114 702 (einschließlich 25 270 unständige) in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter festgestellt. Nach Geschlechtern getrennt waren es 52 102 Männer und 62 390 Frauen. Unter den 114 702 befanden sich 1697 Kinder unter 14 Jahren.

Dieses gewaltige Heer von Arbeitsmännern und Arbeitsfrauen lebt unter den elendsten Verhältnissen. Das muß immer und immer wieder allen Arbeitern und vor allen Dingen den Industriearbeitern gesagt werden.

Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen begreifen, was es bedeutet, mit Löhnen sein Dasein zu fristen, die im besten

Generalangriff der Nordwest-Industriellen!

Die DMV-Bürokratie verhandelt

Die kommunistische Presse bei dem Anschlag auf die Löhne der Hütte Ruhrort-Meiderich sofort festgestellt sich. Die Metallindustriellen Nordwestlichen Gruppe fordern jetzt sofortige Aufhebung des bestehenden Lohntarifvertrages und Durchführung des 10prozentigen bzw. 30prozentigen Lohnabbaus in allen Nordwest-Betrieben. Die DMV-Bonzokratie bereits die Verhandlungen mit den Unternehmern begonnen.

Nordwest-Metallarbeiter wissen jetzt, woran sie sind. Sofort unter Führung der RGO den Kampf gegen den Lohnraub aufzunehmen.

Genosse Thälmann spricht vor 6000 Arbeitern in Braunschweig

Ein wuchtiger Auftakt zu der am Sonntag stattfindenden Wahl

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 28. Februar.

Die heutige Versammlung des Genossen Thälmann in der Stadt des Nazi-Franzen wurde zu einer gewaltigen Kundgebung für die Kommunistische Partei und ein begeisterter Auftakt zu ihrem Wahlsieg am Sonntag. Einen solchen Aufmarsch, eine solche Demonstration hat Braunschweig seit langem nicht mehr gesehen. Am Bahnhof waren mehr als 6000 Menschen. Ein stürmischer Jubel und donnernde Rot-Front-Rufe begrüßten den Genossen Ernst Thälmann bei seinem Eintreffen. Dann formierte sich ein riesiger Zug durch die Straßen, die schwarz von Menschen waren. In Mittelin-Kulm, dem roten Wedding Braunschweigs, grüßten zahlreiche Transparente den Genossen Thälmann.

Der große Saal des Mittlerheims war lange vor Ankunft der Demonstration überfüllt. Die Rede des Genossen Ernst Thälmann wurde durch Lautsprecher auf den Platz übertragen, auf dem Tausende von Menschen standen. Die Stimmung war glänzend, es herrschte eine ungeheure Begeisterung während der programmatischen Kampfrede des Genossen Thälmann, der in seiner Abrechnung mit der volksfeindlichen Braunschweiger Nazi-Regierung immer wieder durch Beifall stürmisch unterbrochen wurde. Genosse Thälmann kündigte ebenso wie in Frei-Thüringen auch für Braunschweig ein Volksbegehren der Kommunistischen Partei zur Auflösung des Landtages gegen die Naziherrschaft an, das zu einer großen außerparlamentarischen Mobilisierung aller antifaschistischen Kräfte Braunschweigs werden soll.

Lohnraub in den Farbwerken Leverkusen

(Eig. Bericht.) Leverkusen, 25. Februar 1931.

In einer gestern stattgefundenen, von 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchten Belegschaftsversammlung wurde mitgeteilt, daß die Verwaltung die Einführung des Siebenstundentages ohne Lohnausgleich beabsichtige.

Die IG.-Farben gehen systematisch dazu über, in allen Betrieben den Lohnabbau in Form der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich durchzuführen. Leverkusen ist ein neues Warnungssignal für alle IG.-Farben-Betriebe.

Schart euch um die RGO! Kämpft unter Führung der RGO gegen jeden Lohnabbau und um den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0001

Falle 47,5 Pfennig in der Stunde betragen, die aber bis auf 44 Pfennig in der Spitze und weniger heruntergehen.

Das alles sind Löhne für männliche Vollarbeiter, Löhne, die obendrein nicht einmal im vollen Umfang bar ausgezahlt, sondern zu einem großen Teil — nämlich mit 19 Pfennig in Naturalien, dem sogenannten Deputat, abgegolten werden, wobei der Junker die Möglichkeit hat, durch die Lieferung von schlechtem Deputat den Lohn faktisch noch weiter herabzudrücken. Aber selbst wenn das Deputat in guter Beschaffenheit geliefert wird, ist es mit 19 Pfennig noch viel zu hoch bewertet, so daß die Spitzenlöhne also unter 47,5 und unter 44 Pfennig liegen. Diese Hungerlöhne werden gezahlt für eine Arbeitszeit, die im günstigsten Falle 2750 Jahresstunden beträgt (dem Achtstundentag würden 2400 Jahresstunden entsprechen). Die Wohnungen sind mit wenigen Ausnahmen Eigentum des Gutsbesitzers (Deputatwohnung). Man kann sich eine Vorstellung machen, in was für einer Verfassung sie sich in der Regel befinden. Weil sie Werkswohnungen sind, deshalb können die Junker die Landarbeiter jederzeit nicht nur aus der Arbeit, sondern auch aus der Wohnung hinauswerfen.

Die Frauenlöhne betragen nahezu nur die Hälfte der jämmerlichen Männerlöhne. Im Höchstfalle 21 Pfennig Barlohn und ein Deputat an Kartoffeln und Getreide, das für die Stunde höchstens 4 Pfennig ausmacht. Für den jämmerlichen Gesamtlohn von im Höchstfall 25 Pfennig müssen die Landarbeiterfrauen und die Landarbeiterinnen die schwerste Arbeit verrichten.

Neuerdings gehen die Junker dazu über, Arbeiten, die bisher als ausgesprochene Männerarbeiten galten, von den Frauen verrichten zu lassen. Die Beschäftigung der Frauen mit der schweren Arbeit des Säckeretragens und Getreidestakens ist allgemein geworden. Neuerdings gehen die Junker sogar dazu über, Gespannführer zu entlassen und die Pferdepflege den Frauen, den Landarbeiterinnen, zu übertragen. Wir bringen heute zwei Beispiele von Gütern aus der Nähe von Halle, aus Hohenthurm und Wansleben, wo zu der Beschäftigung der Frauen als Gespannführer übergegangen worden ist. Zweifellos ist bereits auch auf anderen Gütern auch diese schwere Arbeit den Frauen zu ihren erbärmlichen Löhnen zugeteilt worden.

Das ist ein Stück der kapitalistischen Rationalisierung. Aber diese kapitalistische Rationalisierung wirft sich nicht nur in der Weise aus, daß Landarbeiter entlassen und durch geringer bezahlte Landarbeiterinnen ersetzt werden. Durch ein raffiniertes Ausbeutersystem sind bereits Massen von Arbeitskräften „überflüssig" geworden, das heißt, die von ihnen bisher verrichtete Arbeit ist anderen Landarbeitern zugeteilt worden, und die anderen flogen auf die Straße. Ein Musterbeispiel dafür ist das Gut Seeben der Stadt Halle, auf dem die Belegschaftszahl im Verlaufe verhältnismäßig kurzer Zeit von mehr als 70 auf rund 20 herabgesetzt worden ist.

Dabei befindet sich die Rationalisierung der Landwirtschaft in Deutschland erst im Anfangsstadium. Das Industriekapital, die Regierung machen mit vollem Eifer den Junkern begreiflich, daß sie die Betriebe auf den Stand der vorgeschrittenen Technik in der Landwirtschaft bringen müßten. Und wenn auch der Zollwucher die Junker bisher der Mühe enthoben hat, an die neuzeitliche Gestaltung der Betriebe zu denken, so ist kein Zweifel, daß sie in zunehmendem Maße dazu gezwungen sind, sie durchzuführen.

Massenarbeitslosigkeit der Landarbeiter, ebenso wie sie jetzt die Industriearbeiterschaft heimsucht, ist die Aussicht, die die elend entlohnten Landarbeiter als Folgen der Technisierung haben. Und die Landarbeiter werden von den Junkern dazu gepreßt, auf ihre Mitgliedschaft in der Erwerbslosenversicherung zu verzichten, damit die Junker keine Beiträge zu entrichten brauchen.

In dieser Situation wollen die Junker den Landarbeitern einen beträchtlichen Teil ihrer Löhne rauben. Abschaffung der Erntezulagen, Abschaffung der Sonderzulagen, Abbau des Werkzeuggeldes und andere Maßnahmen sollen den Anfang bilden.

Die Junker unternehmen hier dasselbe wie die Industriekapitalisten: die zweite Lohnraubwelle wird nach dem Programm, das die rheinisch-westfälische Schwerindustrie diktiert, durchgeführt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer machen einen Bittgang gemeinsam mit den Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu Hindenburg. Dort erklären sie sich bereit, angeblich, um „den Erwerbslosen zu helfen, die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich durchzuführen.

In immer stärkerem Maße werden die Landarbeiter in das Heer der Millionen, die arbeitslos sind, eingereiht. Nur ein Drittel dieser Fünf-Millionen-Armee in Deutschland erhält überhaupt noch Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Ganz richtig schildert der sozialfaschistische Vorsitzende des Afa-Bundes, Aufhäuser, die Entwicklung der Dinge bei dem ständigen, immer stärker werdenden Lohnraub.

„Die Zahl der Arbeitslosen ist nicht zuletzt durch jene Lohnsenkung gestiegen, die alle Teile von Handel, Industrie und Verkehr erfaßt hat. Die hier erzeugte wesentliche Verringerung der Kaufkraft der Massen hat geradezu verhängnisvoll gewirkt."

Das ist richtig. Aber die Gewerkschaftsführer rühren keinen Finger, um die Proleten in Stadt und Land gegen den Lohnraub zu mobilisieren.

Industrie- und Landarbeiter gehören zusammen in eine Front. Wenn morgen die Industrieproleten zu Tausenden auf die Dörfer fahren, so haben sie die Gewißheit, daß die maßlos ausgebeuteten Landproletarier begierig darauf warten, daß ihnen ihre Brüder aus der Stadt helfen. Helfen bei der Organisierung des Landarbeiterstreiks, helfen bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, helfen, die große revolutionäre Einheitsfront, geführt von der KPD, zu schmieden, die im Rahmen der Volksaktion gegen den Faschismus und die feige Koalitionspolitik der Reformisten — Sieger bleiben muß, weil dem Proletariat und nicht der bankrotten Bourgeoisie die Zukunft gehört.

Wozu Riesensummen da sind

KPD-Antrag auf Streichung aller Geheimausgaben von allen Parteien abgelehnt

Berlin, 28. Februar. (Eig. Drahtm.)

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde am Freitag der Außenetat mit seinen Riesensummen für die auswärtige Politik der deutschen Republik beraten. Genosse Stöcker übte schärfste Kritik an der ungeheuerlichen Finanzpolitik des Auswärtigen Amtes, das heute fast dreimal soviel verschlingt, wie das Auswärtige Amt der Vorkriegszeit. Das Auswärtige Amt Deutschlands gibt für den diplomatischen Außendienst mehr Geld aus, als bi auswärtigen Aemter Englands und Frankreichs. Diese riesigen Geldausgaben seien bezeichnend für die Aktivität der deutschen Bourgeoisie zur Wiedergewinnung ihrer imperialistischen Machtstellung. Die kommunistischen Anträge auf Streichung der Geheimausgaben, auf Streichung der Botschaft im Vatikan wurden von allen übrigen Parteien gegen die Stimmen der Kommunistischen Partei abgelehnt.

Fünf Jahre Gefängnis für Streikpo

Der Januarstreik der Ruhrkumpels vor Gericht — Unerhörte Klassenurteile wegen Lohnraubes — Proleten, antwortet auf diese Justizschande überall mit der Wahl roter

Essen, 27. Februar. (Eig. Bericht.) Das erweiterte Schöffengericht verurteilte die Bergarbeiter Brüxning zu 5, Gapp zu 8, Tibowski zu 6, Kreienhorst zu 5, Schittny zu 10 Monaten, Schmidt und Kanjots zu je einem Jahr Gefängnis. Diese Bergarbeiter hatten während des großen Ruhrstreiks im Januar an der Zeche „Rheinbaden" auf Streikposten gestanden, wo ein Zusammenstoß mit Streikbrechern erfolgte. Sie wurden wegen „schweren Landfriedensbruch" verurteilt. In der Urteilsbegründung sagt das Gericht, daß den acht Arbeitern mildernde Umstände zu versagen seien, denn die Arbeitswilligen (lies Streikbrecher!) müßten unter allen Umständen geschützt werden.

*

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Moers wurden die Bergleute Schäuble, Szczmy und Wollny aus Limbort zu 6 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie vor dem Zechentor Streikposten standen. Bei der Auseinandersetzung mit Streikbrechern wurden die drei Arbeiter von der Polizei verhaftet; weil ihre proletarische Pflicht im Kampfe gegen den Lohnraub getan haben, werden sie jetzt von der Klassenjustiz in Gefängnis geschickt.

Der heldenmütige Kampf der Ruhrbergarbeiter, der ein Schlag gegen die Lohnräuber war, soll jetzt von der Klassenjustiz brutal vergolten werden. Die Bergherren nehmen nachträglich Rache an den streikenden Arbeitern. **Das Koalitionsrecht, das Streikrecht der Arbeiter wird mit Füßen getreten und die Arbeiter werden ins Gefängnis geworfen.**

Aber die Bourgeoisie und ihre Justiz verrechnen sich, wenn sie glauben, dadurch die Kampfkraft der Arbeiter brechen zu können. Die Arbeiter werden ihren Kampf gegen den Lohnraub im verstärkten Maße als Antwort auf die Terror-Urteile führen.

Macht die Betriebe zu roten Burgen des Klassenkampfes!

Abrechnung mit Hertz in Ammendorf!

Auch hier die Severing-Polizei als letzte Rettung

(Eig. Bericht.) **Ammendorf**, 28. Februar.

Gestern abend, zur selben Stunde, als die Hallischen Arbeitermassen trotz des gewaltigen Massenaufgebots von Severing-Polizei die Nazis von der Straße verdrängten und dem Faschismus eine entscheidende Schlacht schlugen, waren auch die Ammendorfer Werktätigen auf dem Posten und hielten

Abrechnung mit dem Sozialfaschismus,

dieser anderen Hilfstruppe der deutschen Trustbourgeoisie. Die Ammendorfer Sozialdemokraten hatten sich den Steuerräuber und Millionärsteuerlaboteur Dr. Hertz hergeholt, der über „Die Nazis auf der Anklagebank" sprechen wollte.

Hertz wurde aber in seiner eigenen Versammlung von den zu Hunderten erschienenen Arbeitern mitsamt den Nazis auf die Anklagebank geschickt.

Und dann mußte er ein Urteil über sich ergehen lassen, wie es deutlicher und justiger wohl selten in einer von seiner eigenen Partei einberufenen Versammlung gesprochen wurde.

Die von den Arbeitermassen erzwungene Diskussion gestaltete sich zu einem regelrechten Strafgericht der Ammendorfer Arbeiter über Hertz und seine sozialfaschistischen Kumpane. Zuerst sprach ein ehemaliges Mitglied der SPD, Habermann, der seinem einstigen Parteigenossen Hertz in ehrlicher Entrüstung gründlich die Wahrheit sagte.

Nach ihm nahm der Gen. Benzing als Vertreter der KPD das Wort, der die ganze Rede von Hertz als einen Versuch charakterisierte, schon Ablaß auf Vorschuß, d.h. für den jetzt neu bevorstehenden Verrat der Sozialfaschisten einzuholen. Und dann wurde Hertz sowohl mit seinen eigenen Worten als auch mit allen Missetaten, die von ihm und seinen Kumpanen am Proletariat begangen worden sind, derartig [illegible] — vor allem angesichts des immer wieder ausbrechenden lebhaften Beifalls der Arbeitermassen — ganz gründlich [illegible] memsam. Schließlich gab er nach mehrfachen [illegible] suchen, unserem Genossen Benzing das Wort zu [illegible] in einem Hinterzimmer postierten [illegible] Wink, unseren Genossen von der Bühne zu schaffen. [illegible] dieses schändlichen Vorhabens, angesichts des Verhalten [illegible] bei dieser Gelegenheit zum Dreinschlagen bereite [illegible] Agitproptruppe des Sozialfaschismus, auf die Bühne [illegible] lassen, erteilten die Ammendorfer Arbeiter den [illegible] bis in dieser Situation einzig mögliche Antwort: [illegible] das vom kommunistischen Diskussionsredner ausgeb[illegible] Front" vielhundertstimmig ein und

machten die Durchführung der Polizeiaktion als auch Fortführung der SPD-Versammlung durch proletarische Massengesang unmöglich. Aus Wut über diese vernichtende Niederlage und diese eindeutige Absage an den Sozialfaschismus versuchte die in großer Zahl bestehende Polizei zur Auflösung von Hertz und der Versammlungsleitung, den Genossen Benzing zu nehmen, was aber durch das schnelle Handeln der Ammendorfer Arbeiter verhindert wurde.

So haben die Ammendorfer Werktätigen Herrn [illegible] saftige Art und Weise jede Illusion genommen, „[illegible] Volks zu sein".

Dem Lügen-„Volksboten" aufs

Halle, den 28. [illegible]

In dem Blättchen des feigen Provokateurs [illegible] den letzten Tagen so ziemlich der Höhepunkt an Gemeinheit [illegible] kommunistische Arbeiter erreicht worden. Wir verzichten es, auf diesen Ton eines Menschen einzugehen, der [illegible] nehmen wir unter unserer Würde halten.

Wir wollen nur einige Fragen an die sozialfaschistischen Arbeiter stellen, die sich diese Gehirnwäsche eines Bergholz noch täglich gefallen lassen. Aus den eigenen politischen Argumenten gegen die KPD benutzt das Organ der aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Renegaten. Vorgestern bringt der „Volksbote" einer halben Seite einen Abdruck aus dieser „Arbeiterpolitik", in dem ganz im Bergholzschen Stile [illegible] der Bankrott der KPD dargestellt wird. Wir begnügen uns mit einem Urteil, das die Zeitschrift der „linken" SPD, [illegible] Klassenkampf" am 1. Februar über den Werdegang [illegible] gaienblättchens, genannt „Arbeiterpolitik" schrieb:

„Wir sehen keinen Grund, uns mit all den erlogenen Geschichten des KPD-Blattes zu beschäftigen, die diesem Blatt nur vorgebracht werden, damit irgend jemand gezwungen sieht, sich mit dieser ausserbehandelten auseinanderzusetzen."

Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen nun selbst [illegible] urteil über das, was der „Volksbote" über die KPD [illegible] ablegen. Wir enthalten uns jeden weiteren Kommentar.

Und noch eine Anfrage an die sozialdemokratischen Leser des „Volksboten". Am Donnerstag wurde [illegible] demokratischen Stadtverordneten Goldstein und [illegible] aus der Zeitzer Stadtverordnetenversammlung mit [illegible] fernt. Der „Volksbote" lobt dieses Tun seiner Genossen [illegible] teilt mit, daß die Versammlung durch die SPD [illegible] Tumult verlassen wurde. Warum? Weil das Gesuch [illegible] Oberbürgermeisters, der den Sozialfaschisten [illegible] gelöst hat, bewilligt werden sollte.

Wenn es also um Diäten oder Gehälter geht, [illegible] sogar die Sprengung und Störung von Parlamentssitzungen für die SPD erlaubt.

Wenn aber Kommunisten mit parlamentarischen [illegible] tionsmitteln im Interesse der Arbeitslosen [illegible] und sie mit Polizeigewalt entfernt werden, die [illegible] dann schreit die sozialfaschistische Presse nur Verbrecher, Lumpen, Leute, die bemüßt die Würde des Parlaments herabsetzen", usw.

Sozialdemokratische Arbeiter, überlegt euch einmal [illegible] unserer Presse. Ihr werdet zu der Ueberzeugung kommen, daß die schmählichste Lüge und Verleumdung auf das schmählichste belogen und [illegible] werdet. Macht Schluß mit der SPD! Bildet die revolutionäre Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern! Hinein in die KPD!

„Volksbote" verhöhnt die Opfer des Polizeiterrors

„Volksbote" vom 26. Februar:

„Und wäre der Kohlenwagen nicht so unglücklich dazwischengekommen, dann wäre vielleicht die Katastrophe nicht passiert."

Warum höhnt der „Volksbote" so?

Weil der Polizeipräsident von Leipzig, der die Demonstration des Hungers verbot und dessen Polizeibeamten die demonstrierenden Proleten erschossen,

der „linke" Sozialdemokrat Fleißner ist!

Nazipleite bei Hamburg

Die Helden des „Dritten Reiches" flüchten vor den Arbeitern

Hamburg, 28. Februar. (Eig. [illegible]

Donnerstag abend wollte die NSDAP in Groß[illegible] eine Versammlung abhalten, in der der Gauleiter der [illegible] Nazis und MdR. Kaufmann sprechen sollte. Die [illegible] Arbeiter waren in großer Zahl erschienen. Die Nazis [illegible] gesamte Hamburger SA zusammengezogen. Als sie die [illegible] der versammelten Arbeiter sahen, zogen die Faschingsk[illegible] ab und auch der Gauleiter Kaufmann machte sich [illegible] Staube. Zwei Genossen der KPD ergriffen darauf das [illegible] entlarvten in längeren Ausführungen den Verrat der [illegible] Mit einem brausenden „Rot Front!" wurde die Kundgebung [illegible] den Faschismus geschlossen.

Landarbeiter stoßen zur KPD

In Steinau a.d. Oder (Schlesien), das bisher eine [illegible] der Nazis war, hielt die Kommunistische Partei eine [illegible] öffentliche Versammlung ab. In dieser Versammlung [illegible] sofort 30 Arbeiter ihren Eintritt in die [illegible] so daß also in Steinau, wo die KPD bisher noch keinen [illegible] hatte, eine Ortsgruppe gegründet werden konnte.

Verschärfung des Kampfes in der „DAZ"-Druckerei

Berlin, 27. Februar. (Eig. Bericht.) Heute fanden [illegible] lungen zwischen der Geschäftsleitung und der Streikleitung [illegible] der „DAZ"-Druckerei statt, die an dem Verhalten der [illegible] leitung scheiterten. Die Geschäftsleitung lehnt jedes [illegible] und will umfangreiche Maßregelungen vornehmen. [illegible] die abiolut geschlossen und in bester Kampfstimmung [illegible] den Kampf fortsetzen. Sammlungen für die Streikende [illegible] sind eingeleitet. Die Belegschaft der City-Druckerei hat [illegible] den Betrag von 200 Mark überwiesen.

In Königsberg geht der Streik nach wie vor [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0002

Moskauer Anklageschrift gegen Gromann und Co. enthüllt:

Die SPD. finanziert die menschewistische Konterrevolution

Die Fäden der Verschwörung laufen nach Berlin und Paris — Die 2. Internationale im Bunde mit dem französischen Generalstab und der weißrussischen Emigration — Die Geldquellen der Verschwörer — Wofür die Mitgliedsbeiträge der sozialdemokratischen Arbeiter mißbraucht werden — Die angeklagten Menschewiki wollten die werktätigen Massen der Sowjetunion aushungern, um die Sowjetmacht zu stürzen

Den ersten Teil der Anklageschrift gegen die konterrevolutionäre Organisation der Menschewiki in der Sowjetunion haben wir gestern veröffentlicht. Im folgenden setzen wir die Veröffentlichung dieses Dokuments bedeutsamen historischen Dokumentes fort.

Der dritte Abschnitt der Anklageschrift behandelt den Block des „Unionsbüros" mit anderen konterrevolutionären Parteiorganisationen — der sogenannten Industriepartei und konterrevolutionären Kulakengruppe Kondratjew (Werktätigenpartei). Dieser Block bezweckte die Koordinierung der gesamten konterrevolutionären Tätigkeit, die gemeinsam den Sturz der Sowjetmacht anstrebte und die Herstellung einer gewissen Arbeitsteilung zwischen diesen drei konterrevolutionären Organisationen.

Die Schädlinge an der Arbeit

Der vierte Abschnitt der Anklageschrift beschäftigt sich mit der Schädlingsarbeit des „Unionsbüros", die vom Gesichtspunkt der Unterstützung der künftigen Intervention in einer Reihe von Institutionen betrieben wurde, so im Zentralrat, wo die Schädlingstätigkeit der menschewistischen Organisation durch gefüllstentliche Verringerung der vorhandenen Arbeitszeit und Möglichkeiten, durch Aufstellung falscher Kalkulationen auf die Verzögerung der Aufbauarbeit (im Bereiche der Bergbautätigkeit und der Fischindustrie), auf die Entfaltung der Grundlage der Warenverteilung, auf die direkte Sabotage der Wiederherstellung der inneren Hilfsquellen bei der Entwicklung der Warenbeschaffungstätigkeit, bei der Kontrolle der Bewegung der Vorräte und der Warenüberschüsse usw. gerichtet war, im Volkskommissariat (Belieferungskommissariat), wo die menschewistische Schädlingstätigkeit die Störung der Belieferung der Arbeiterzentren, die Unterbrechung der Getreideaufbringung usw. anstrebte, im Obersten Volkswirtschaftsrat, wo die Schädlingstätigkeit der menschewistischen Organisation auf Unterbrechung des sozialistischen Aufbaues hinzielte, in der Staatsbank betrafen die Aufgaben der desorganisierenden Tätigkeit des Unionsbüro in der Störung des Geldumlaufes und der unrichtigen Verteilung der Kredite, in der Staatlichen Planwirtschaftskommission waren sich die konterrevolutionäre Tätigkeit des „Unionsbüros" und Plänen, die die Aufstellung von der Generallinie der Partei widersprechenden Plankalkulationen und wissentlich entstellten Industrieschätzungen in den Kontrollziffern und Jahresübersichten zum Ziele hatten.

Das Verschwörernest in der Lindenstraße

Der 5. Abschnitt der Anklageschrift stellt fest, daß die konterrevolutionäre Tätigkeit des Unionsbüros von zwei Quellen unterstützt wurde: Von der Ausländischen Delegation der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der „Industriepartei".

Die Aussagen der Angeklagten beweisen, daß sich die dem Unionsbüro zugeleiteten Mittel der sogenannten ausländischen Delegation der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus Subsidien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der 2. Internationale und des Pariser Handels- und Industriekomitees zusammensetzten.

Der 6. Abschnitt der Anklageschrift behandelt die Frage der ausländischen Verbindungen des „Unionsbüros", die planvolle Schädlingstätigkeit und die Interventionsvorbereitungen des „Unionsbüros" wurden

unmittelbar von der ausländischen sozialdemokratischen Zentrale geleitet

und entscheidender Bedeutung für die Leitung der Arbeit des „Unionsbüros" war der Moskau-Besuch zweier Mitglieder des Ausländischen Zentralkomitees der Menschewiken — Abramowitsch im Sommer 1928 und Braunstein im Frühjahr 1929. Unter Teilnahme und Leitung von Abramowitsch legte das „Unionsbüro" seine grundsätzliche taktische Linie, die auf den Sturz der Sowjetmacht in der Sowjetunion hinauslief, fest. Zu diesem Zwecke wurde jene Einstellung auf

die Schädlingstätigkeit und die Interventionsvorbereitung angenommen, die den eigentlichen Standpunkt der 2. Internationale und der wichtigsten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas war, insbesondere der Standpunkt der leitenden organisatorischen Organe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, mit denen die Auslandszentrale der Menschewiki in engster Verbindung stand und von denen sie Unterstützungen für ihre konterrevolutionäre Tätigkeit bezogen.

Wer sind die Angeklagten?

Im Schlußteil der Anklageschrift wird die Anklage folgendermaßen formuliert:

Die Angeklagten haben eingehende Aussagen gemacht und sich schuldig bekannt. Vor die Sonderjustiz des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion werden gestellt:

1. **Wladimir Gromann**, 56 Jahre alt, Sohn eines Hauslehrers, Hochschulbildung, Volkswirtschaftler, ehemaliges Mitglied des Präsidiums der Staatlichen Planwirtschaftskommission, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei seit ihrer Entstehung bis 1922 mit Unterbrechungen und dann wieder von 1928 bis 1930 einschließlich, Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Menschewiki.

2. **Wassilij Scher**, 47 Jahre alt, Hochschulbildung, ehemaliges Mitglied der Direktion der Staatsbank der Sowjetunion, von 1923 bis 1930 einschließlich Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

3. **Nikolai Suchanow**, 48 Jahre alt, Sohn eines Angestellten, Hochschulbildung, Literat, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1917 bis 1930 einschließlich (Gruppe Martow), seit 1921 wieder Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki).

4. **Abram Ginsburg**, 52 Jahre alt, Sohn eines Kaufmanns, Hochschulbildung, Volkswirtschaftler, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1897 bis 1921 einschließlich und von 1926 bis 1930 einschließlich.

5. **Michael Jakubowitsch**, 39 Jahre alt, dem Adligenstand entstammend, Hochschulbildung, ehemaliger stellvertretender Leiter des Belieferungssektors des Handelskommissariats der Sowjetunion, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1908 bis 1921 und von 1927 bis 1930 einschließlich.

6. **Aron Sokolowski**, 47 Jahre alt, dem Kleinbürgerstand entstammend, Volkswirtschaftler, Mitglied des ZK. der Vereinigten Jüdischen Sozialistischen Partei von 1906 bis 1920 und Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) seit 1927 bis 1930 einschließlich.

7. **Lajar Salkind**, 45 Jahre alt, Sohn eines Angestellten, Hochschulbildung, Volkswirtschaftler, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) von 1905 bis 1907 einschließlich und Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1917 bis 1921 und von 1924 bis 1930 einschließlich.

8. **Iwan Wolkow**, 47 Jahre alt, Bauernsohn, ehemaliger Arbeiter, ehemaliger Volkswirtschaftler im Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion, von 1902 bis 1905 Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, von 1905 bis 1920 und von 1928 bis 1930 Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki).

9. **Kyrill Petunin**, 46 Jahre alt, Sohn eines Dorfschneiders, Buchhalter, ehemaliges Mitglied der Direktion des Zentrolostus seit 1922, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1905 bis 1918 und von 1928 bis 1930 einschließlich.

10. **Alexander Flun-Jenotajewski**, 58 Jahre alt, Sohn eines Angestellten, Hochschulbildung, Professor der politischen Oekonomie, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) von 1903 bis 1915 einschließlich und Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1928 bis 1930 einschließlich.

11. **Boris Berlazki**, 41 Jahre alt, dem Kleinbürgerstand entstammend, unvollendete Hochschulbildung, ehemaliges Direktionsmitglied der Staatsbank der Sowjetunion, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Merschewiki) von 1904 bis 1930 mit Unterbrechung.

12. **Wladimir Ikow**, 49 Jahre alt, dem Adligenstand entstammend, unvollendete Hochschulbildung, Literat, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) seit 1901.

13. **Moses Teitelbaum**, 54 Jahre alt, dem Kleinbürgerstand entstammend, unvollendete juristische Hochschulbildung, ehemaliger erster Direktor für die Standardisierung der Exportwaren im Handelskommissariat der Sowjetunion, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), von 1900 bis 1907 einschließlich und Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1925 bis 1930 einschließlich.

14. **Ziak Rubin**, 45 Jahre alt, Professor der politischen Oekonomie, Mitglied des Jüdischen Bundes von 1904 bis 1920 einschließlich, Mitglied des Bundes und der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1920 bis 1923, Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) von 1920 bis 1930 einschließlich.

(Den Schluß der Anklageschrift veröffentlichen wir morgen.)

Moskau stellt Bedingungen, nicht Herr Borsig!

Ein sowjetrussisches Wirtschaftsblatt zur Reise der deutschen Industriellen nach der Sowjetunion

WTB. **Moskau**, 26. Februar. Zum bevorstehenden Eintreffen der deutschen Großindustriellen in Moskau schreibt das Wirtschaftsblatt „Für Industrialisierung": „Wir erkennen deutlich, daß für die deutschen Industriekapitäne, die hierher kommen, an erster Stelle wirtschaftliche Faktoren maßgebend sind, da die Weltkrise mit voller Stoßkraft gerade die deutsche Industrie getroffen hat. Die spezifische internationale Lage Deutschlands habe die Schwierigkeiten der deutschen Industrie vermehrt. Ungeachtet der Zugehörigkeit zum Völkerbund und des Versprechens der Weltmächte sei dem „verfallierten" Deutschland die Gleichberechtigung auf den Weltmärkten versagt geblieben.

Die an die Industriellen ergangene Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrats sei aus rein geschäftlichen Gründen erfolgt. **Die Sowjetunion suche zur Erfüllung des Fünfjahrplanes Verbindungen mit ausländischen Firmen, die auf eine Reihe von Jahren berechnet seien, und rechne damit, daß ihr annehmbare materielle Bedingungen angeboten werden, und daß der Vertragspartner „dieselbe feste und deutliche Einstellung zeige wie Moskau; andernfalls würden Abschlüsse großen Maßstabes nicht zustandekommen."**

Unklar sei, ob die deutschen Geschäftskreise den deutsch-russischen Beziehungen bei diesen Erwägungen Rechnung tragen, und darin bestehe die Schwierigkeit der Lage. Die Sowjetunion wünsche in ihrer Außenhandelspraxis keine bürokratischen Zwischeninstanzen, wie sie von einigen deutschen Firmen ins Leben gerufen worden seien. (Z. B. der Rußlandausschuß der deutschen Industrie. Die Redaktion.)

★

EWB. **Neuyork**, 27. Februar. „New York Times" schreiben in einem Leitartikel zu der Rußlandreise der deutschen Industriellen, die von den hiesigen Wirtschaftskreisen mit merklichem Interesse verfolgt wird, das Auftreten des deutschen Handels auf der Sowjetbühne im gegenwärtigen Augenblick stehe in engem Zusammenhang mit der Agitation gegen das Sowjet„dumping" und die Zwangsarbeit, die in den Vereinigten Staaten und England betrieben werde.

Infolge dieser Agitation kehre die Sowjetregierung wieder zu ihrer von Anfang an befolgten Politik des Ausspielens der großen Handelsstaaten gegeneinander zurück.

Macdonald eröffnet den Wirtschaftskrieg

London verbietet sowjetrussisches Holz

London, 27. Februar. Der Bauausschuß des Londoner Grafschaftsamtes hat die Verwendung von sowjetrussischem Holz bei allen städtischen Bauten verboten.

Aufträge auf Lieferung von Holz sollen jetzt in Britisch Kolumbien getätigt werden, soweit dies möglich ist, während weitere Holzlieferungen aus Skandinavien bezogen werden sollen. Bisher wurden, wie die „Morningpost" berichtet, rund 20 Prozent des Bauholzes für die städtischen Kasernen aus der Sowjetunion bezogen. Die Verfügung soll sofort in Kraft treten. Der Ausschuß hat bereits einen Kontrakt über 2500 Standards kanadischen Holzes abgeschlossen.

Heraus zum Internationalen Frauentag!

Freiheit nur in der Sowjetunion

„600 000 Mittagessen werden jetzt schon jeden Mittag verabreicht. In diesem Jahre werden es 1,1 Millionen pro Tag werden. Das bedeutet, Genossen, die

Befreiung der Frau

von den „häuslichen Arbeiten". Das bedeutet, daß es der Frau möglich gemacht wird, einen Beruf zu erlernen, der ihren Fähigkeiten entspricht. Das bedeutet endlich die

praktische Gleichstellung von Mann und Frau".

(Aus dem Brief des deutschen Arbeiters W. Hecker in Moskau)

---

15. Allrussischer Sowjetkongreß

Die Sowjetmacht — eine wirkliche Volksmacht

Moskau, 27. Februar. Die Tagung des 15. Allrussischen Sowjetkongresses hat, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, heute begonnen. Anwesend sind 1339 Delegierte der verschiedenen Ortschaften der RSFSR.

Kalinin, der Vorsitzende des Kongresses, faßte in seiner Einleitungsrede die Ergebnisse der Wahlkampagne zusammen und hob hervor, daß die Wahlbeteiligung in Dorf und Stadt höher als in den vorigen Kampagnen gewesen sei. Die Mehrheit der gewählten Dorfsowjetdelegierten sind Mitglieder der Kolchosen. Die Wahlteilnahme der letzteren betrug 79 Prozent. Die Mehrheit der Delegierten der Stadtsowjets sind Stoßbrigadler. Die Wahlteilnahme der letzteren betrug 90 bis 100 Prozent. An der Tätigkeit der Sowjets und deren Sektionen nahmen in der ganzen RSFSR. einschließlich der Delegierten 145 000 Mann teil. Kalinin erklärte hierzu: „Das beweist, daß die Sowjetmacht eine wirkliche Volksmacht ist."

Der Kongreß nahm den Bericht des Vorsitzenden des Volkskommissarenrates der RSFSR., Sulimoff, entgegen. Auf der Tagesordnung stehen noch der Bericht des Volkskommissars für Aufklärung, Bubnoff, der Bericht des Vorsitzenden des Zentralgenossenschaftsrates über die Lage und die Aufgaben der Konsumgenossenschaften und anderes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

So sehen die Verteidiger des Mordparagraphen 218 aus!

Spießerorgien in Hinterbrühl

Hundert „honette Bürger" als Liebhaber der 15jährigen Tochter eines Villenbesitzers

In dem kleinen Ort Hinterbrühl bei Mödling wurde ein fast unglaublicher Skandal aufgedeckt, in den mehr als hundert „honette Bürger", wahre Musterexemplare der Spezie „normaler Staatsbürger" verwickelt sind. Im Zentrum dieses Muckerskandals steht die knapp 15jährige „bessere Tochter" eines reichen Villenbesitzers, die während der Abwesenheit ihrer Eltern aus einer krankhaften Ueberreizung heraus mit den Bürgern der Umgebung allnächtlich die wildesten Sexualorgien feierte.

Bereits seit längerem munkelten die Landarbeiter und Kleinbauern in der Umgebung Mödlings, daß in der protzigen Villa „allerhand los" sei. Tatsächlich ließen die allnächtlich erleuchteten Fenster und die große Schlange der vor dem Hause parkenden Autos darauf schließen, daß hier ein überaus „gastliches Haus" seine Pforten weit geöffnet hat. Verschiedentlich wurde sogar die Landgendarmerie von Nachbarn aufgefordert, dem geheimnisvollen nächtlichen Treiben in der Villa auf die Spur zu gehen. Doch die Ordnungshüter dachten nicht daran, ein vornehmes Bürgerheim zu durchschnüffeln. Ja, wenn es schon ein Landarbeiterhäuschen gewesen wäre. . . .

Endlich drang aber die Wahrheit selbst zu den Ohren der schwerhörigen Polizei, und es ließ sich nun immer weniger vertuschen, daß in der Hinterbrühler Villa wirklich „allerhand los" sei. Wahllos, so ergab dann die — widermillig genug — eingeleitete Untersuchung, hatte die Fünfzehnjährige sich Liebhaber allnächtlich in die Villa eingeladen. Ob verheiratet oder unverheiratet, das war dieser krankhaft überreizten „besseren Tochter" vollständig egal. Und auch die bei Tage so fortrekt und anständig tuenden Bürger, gewiß allesamt hochachtbare Mitglieder der Deutschnationalen, der Volkspartei oder sogar der Zentrumspartei, fanden nichts dabei, diese Minderjährige zum Objekt ihrer krankhaften Triebe zu machen.

Kurz bevor die Polizei das Mädchen in Gewahrsam nehmen wollte, versuchte sie, mit Hilfe einer Hausangestellten, die die nächtlichen Feste auf Geheiß des Mädchens [illegible] hatte, sich zu vergiften. Doch konnte sie im allerletzten Augenblick noch gerettet werden. Während die Fünfzehnjährige nunmehr sterbenskrank darniederliegt, die Hausangestellte geflüchtet ist, erfreuen sich die hundert Bürger jedoch nach wie vor ihrer goldenen Freiheit. Der Staatsanwalt jedoch, der sonst wie ein Löwe auf dem Sprung [illegible] um jede Arbeiterfrau unbarmherzig zu verfolgen, der es [illegible] über ihren Körper frei zu verfügen, die also vielleicht [illegible] fünf hungernden Kindern nicht ein sechstes dem Elend [illegible] geben wollte, scheint die Spießerorgien in Hinterbrühl als „harmlose Späßchen übermütiger Stammtischbrüder" ansehen zu wollen. Denn es ist bis zur Stunde noch nichts davon bekannt, daß auch nur einer der normalen Staatsbürger eine polizeiliche Vorladung erhalten hat.

Seltsam verlaufene Ehetragödie

„Vergifteter" Ehemann verprügelt den Hausfreund

Breslau, 27. Februar. Eine junge Frau in Rybultau, im Kreise Rybnik, paßte der Ehemann nicht mehr, und da sie ihrem neuen Freunde mehr zugetan war, faßte sie den Plan, ihren Mann zu vergiften. Sie ging daher in die Apotheke und verlangte Arsen. Der Apotheker schöpfte jedoch Verdacht und händigte ihr statt des Giftes ein vollkommen ungefährliches Pulver aus, dann tat er noch ein übriges und warnte den Ehemann.

Der Gewarnte nun beobachtete am Abend tatsächlich, wie die Frau das Pulver in das Abendessen schüttete, doch ließ er sich nichts merken und aß mit gutem Appetit das Essen, wobei ihn die Frau, vor Aufregung mehr tot als lebendig, beobachtete. Um die Vergiftungskomödie weiter zu spielen, lobte er das Essen und simulierte dann eine schwere Uebelkeit. Zunächst verfiel er in tödliche Zuckungen, dann blieb er wie ein Toter liegen.

Auf diesen Augenblick muß die Frau gerade gewartet haben, denn eilig verschwand sie und kam bald mit ihrem neuen Freunde zurück. Nun mußte der „Tote" mit anhören, wie sich das liebende Paar über seinen Tod nicht wenig freute. Als der Freund aber versuchen wollte, dem „Toten" einen Strick um den Hals zu legen, um einen Selbstmord vorzutäuschen, sprang die „Leiche" plötzlich auf, stürzte sich auf den Freund und verabfolgte ihm eine tüchtige Tracht Prügel. Doch gelang es diesem, bald zu fliehen. Nun stürzte sich der Mann auf die entsetzte Frau und brachte ihr in seiner maßlosen Wut so schwere Verletzungen bei, daß sie in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Zermatt durch Schnee blockiert

Der Schweizer feudale Winterkurort Zermatt am Fuße des Matterhorn-Massivs ist durch ungeheure Schneefälle und Lawinen völlig von der Außenwelt abgeschnitten worden. Die Straßen sind derartig hoch mit Schneemassen bedeckt, daß nicht einmal Schneepflüge mehr hindurchkommen.

Palermos Straßen unter Wasser

Nachdem mehrere Tage lang ein von Wolkenbrüchen begleiteter Orkan über Sizilien gewütet hatte, standen in allen süditalienischen Städten die Straßen meterhoch unter Wasser. Unser Bild zeigt eine überschwemmte Straße Palermos.

Zahlreiche Ortschaften vom Erdboden weggefegt

245 Menschen im Orkan umgekommen

Sturmflut richtet auf den Fidschi-Inseln furchtbare Verwüstungen an

Neuyork, 27. Februar. Ein furchtbarer Orkan richtete vor einigen Tagen auf den Fidschiinseln ungeheure Verwüstungen an. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sollen dabei 245 Eingeborene ums Leben gekommen sein. Zahlreiche Ortschaften sind buchstäblich wie vom Erdboden weggefegt worden.

Eine gewaltige Sturmflut, die über die Küstenstädte Sigatoka, Lautoka und Ba hinweghrauste, vergrößerte die Katastrophe und vernichtete alles, was durch den wütenden Orkan noch nicht zerstört worden war. Ueberall sind infolge von Wolkenbrüchen, die mit dem Orkan verbunden waren, die Flüsse über die Ufer getreten. Riesige Landstrecken wurden überschwemmt, das Ackerland fortgespült und zahlreiche Viehweiden vernichtet. Viele tausend Stück Rindvieh und Pferde sind von den reißenden Fluten ergriffen und fortgeschwemmt worden.

Auf der Eisenbahnstrecke Ba-Lautoka warf der Orkan einen fahrenden Personenzug um, wobei zahlreiche Passagiere getötet oder mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Sämtliche Verbindungen sind unterbrochen worden. Die zerstörten Ortschaften können daher mit der Außenwelt nicht in Verbindung treten. Man fürchtet, daß unter der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung, die der Zerstörung durch den Orkan entgingen, bereits eine furchtbare Hungersnot ausgebrochen ist, da selbst das Allernotwendigste der Katastrophe zum Opfer gefallen ist.

Die Grippeseuche in England

In der letzten Woche 509 Todesopfer

London, 27. Februar. Nach offiziellen Meldungen fordert die Grippeseuche nach wie vor in ganz England Todesopfer. Allein im Laufe der vergangenen Woche sind in London und in anderen englischen Großstädten nicht weniger als 509 Personen an dieser Seuche gestorben.

Ein Zigeunermörder verhaftet

In Spalato in Dalmatien wurde jetzt der 40jährige Zigeunerartist Joseph Winter verhaftet, der seit November 1924 wegen eines Mordes, begangen in Berlin, gesucht wird. Er hat seinerzeit einen Stammesgenossen nach einem Streit hinterrücks ermordet.

Ukrainische Arbeiter an ihre deutschen Klassengenossen

Wir lasen Euern Brief und traten alle dem Ossoaviachim bei

Lugansk, 16. Februar 1931.

Teure Genossen! Wir Arbeiter, Angestellten und Techniker des Werkes „Budenoff" danken Euch Arbeitern der Wagenreparaturwerkstätten in Berlin für Euren Brief, der großes Interesse bei uns erweckt hat. Bitte, laßt diesen Brief nicht den letzten sein. Wir wollen immer an Eurer Arbeit und an Euren Kämpfen teilnehmen. Doch nun möchten wir unsererseits auch einiges von dem Leben in unserem Werk schreiben.

Wir sind auf „Budenoff" nicht mehr als 140 Arbeiter, Angestellte und Techniker. Jedoch erzeugen wir sehr wichtige Produktion, nämlich: Bohrwerktische, Traktorenteile u. a. m. Für das Jahr 1929/30, sollten wir planmäßig für 353 000 Rubel produzieren. Wir schafften aber in der Zeit für 366 000 Rubel, so daß also der Budenoff-Betriebsplan zu 103,7 Prozent durchgeführt wurde. Für das laufende Jahr haben wir uns verpflichtet, für 500 000 Rubel zu produzieren, und wenn wir uns dazu einmal verpflichtet haben, dann schaffen wir's auch. Wir sind doch Bolschewiken!

Genossen, in Eurem Brief schreibt Ihr uns, das Eure Kapitalisten immer neue Mordinstrumente bauen, um unser freies Vaterland, daß auch Euer Vaterland ist, zu vernichten. Aber Genossen: Bange machen gilt nicht! Auf der Betriebsversammlung, wo Euer Brief vorgelesen wurde, haben wir sofort beschlossen, vom roten Direktor bis zum jüngsten Lehrling, [illegible] korporativ dem „Ossoaviachim" (Gesellschaft für Luftverteidigung) beizutreten. Und im übrigen ist die Weltarbeiterschaft auf unserer Seite.

Ihr schreibt weiter, daß es bei Euch in Deutschland noch Arbeiter gibt, die unseren Erfolgen keinen Glauben schenken. Wir versichern Euch, und viele deutsche Arbeiterdelegationen, die die Sowjetunion bereits haben, werden bestätigen können, daß wir im ganzen Reiche mit einem Eifer unsere Industrie aufbauen, den man nur dann hat, wenn man weiß, es ist unsere Industrie... Wann dürfen wir Euren nächsten Brief in unserer Betriebsversammlung vorlegen?

Mit proletarischem Gruß

Arbeiter, Angestellte und Techniker
des Werkes „Budenoff" in Lugansk (Ukraine).

Wer antwortet als erster Wassily Schipilenko?

In einem Teile unserer gestrigen Ausgabe ist die Briefe des ukrainischen Bauern, der die deutschen Kleinbauern auffordert, von ihrem Leben zu berichten, nicht klar lesbar gewesen, da wir aber großen Wert darauf legen, daß die deutschen Kleinbauern die Wahrheit über das Leben des russischen Bauern erfahren, veröffentlichen wir noch einmal dessen Adresse:

Wassily Schipilenko, Neu-Odessisches Rayon, Dorf Tschernowka, Ukraine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0004

...rufen: ...aus zum Internationalen Frauentag 1931

Die Betriebsarbeiterinnen
Die Landarbeiterinnen
Die Angestellten
Die erwerbslosen Frauen
Die Arbeiterfrauen
Die Hausangestellten

...erbslose Arbeiterin, dich geht es an

A.K. Immer mehr Frauen werden erwerbslos. Noch vor ...Jahren wurden sie als billiges und willigeres Arbeitstier ...Betrieben eingestellt. Jetzt sind sie zum großen Teil schon ...hinausrationalisiert. Es ist heute für die Arbeiterinnen ...so aussichtslos, wieder in einen Betrieb hineinzukommen, ...wie die Arbeiter. Die Männer brauchen wöchentlich nur einmal ...zu gehen, weil die Arbeitsämter wissen, daß keine ...für die vielen Erwerbslosen zu beschaffen ist. Es soll auch ...werden, daß die erwerbslosen Arbeiter jeden Tag auf ...Stempelamt zusammenkommen können. Sie könnten zu viel ...reden und von den verfluchten Kommunisten aufgeklärt ...werden. Die arbeitslosen Frauen müssen aber ...Tag stempeln gehen. Sie warten darauf, daß eine ...Arbeiterin sagt, ich habe nicht Zeit, jeden Tag hierher ...gehen. Dann hat das Arbeitsamt nämlich eine schöne Handhabe, um der verdrängten Arbeiterin die Unterstützung zu entziehen. In dem Erwerbslosenversicherungsgesetz, das durch Wissell ...verbrochen wurde, heißt es nämlich, die Arbeiterin muß, wenn ...Unterstützung beziehen will, dem Arbeitsmarkt vollständig zur ...Verfügung stehen. Die Arbeiterfrau braucht also nur etwas ...zu verlauten zu lassen, daß sie im Haushalt zu tun hat, ...kann ihr mit der „Begründung", daß sie dem Arbeitsamt ...vollständig zur Verfügung stehe, wenn sie den Haushalt zu ...hat, die Unterstützung weggenommen werden. Es wird ...nicht danach gefragt, ob die Arbeiterin jahrelang Erwerbslosenversicherungsbeiträge gezahlt hat. Das ist dann Nebensache. ...Kalkuliert man auch in diesem Falle die Frauen noch mehr ...die männlichen Kollegen.

Arbeiterinnen, denkt über eure Elendslage nach. Diskutiert ...auf den Stempelstellen, wählt in Erwerbslosenversammlungen Delegierte in die Ortskomitees werktätiger Frauen, die ...mit den Arbeiterfrauen gemeinsam die Waffen zum Kampfe ...gegen diese ganze Schande der Ausbeuterdiktatur schmieden. ...Setzt geschlossen mit der KPD und RGO. steht hinter den ...klassenbewußten Erwerbslosenausschüssen. Demonstriert am 8. März, ...dem Internationalen Frauentag.

...Massensturm gegen Kulturfaschismus

Die vereinte Reaktion schickt sich zu einem ungeheuerlichen Feldzuge gegen die Arbeiterfrauen und zu gleicher Zeit gegen das gesamte werktätige Volk an.

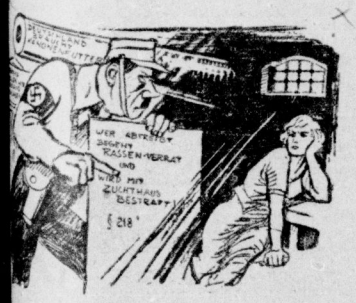
Auch die Enzyklika des Papstes wurde der Auftakt dazu gegeben, und mit einem wahren Freudengeheul stürzen sich die ...und das ganze reaktionäre Geschmeiß auf die darin enthaltene Schandpläne, um sie so schnell wie möglich zu verwirklichen. ...wer am meisten betont werden muß, ist die Tatsache, daß ...es eines ernsthaften Kampf gegen die noch schwache Kampfkraft der Arbeiterfrauen durchzuführen gilt, auch die Sozialdemokraten, die sich bisher immer als Vorkämpfer gegen den Paragraphen 218 aufgespielt haben, offen in die Front der Verteidiger des Schandparagraphen und damit offen in die Front des Faschismus auch auf diesem Gebiete einrücken.

Der Aufruf des Papstes, daß die Arbeiterfrauen Gebärmaschine ...auf bleiben sollen, hat kein Echo gefunden in den Reihen der Nationalsozialisten im Reichstage, die für Abtreibung Todesstrafe verlangen.

Als die Kommunisten in der Montagsitzung des Reichstages den Antrag einbrachten, „Aufhebung des mörderischen Paragraphen 218", da stimmten die Sozialdemokraten für Weiterstehen dieses Antrages, der diesmal eine Mehrheit erhalten hätte, weil seine nationalsozialistischen Verteidiger ...bekanntlich den Reichstagssitzungen nicht beiwohnten, also auch nicht dagegen stimmen konnten!

Eine ungeheuerliche, neuerliche Verrat an den Arbeiterfrauen, ...offen Einschwenken in die Front derer, die den Mordparagraphen aufrechterhalten wollen, kennzeichnet mit seiner Klarheit ...raffinierte, scharfmacherische Handlungsweise der sozialdemokratischen ...Parteiverräter!

Durch die Aufrechterhaltung des Paragraphen 218, für die die Sozialdemokraten verantwortlich sind, durch die geforderten neuen ...Verschärfungen desselben durch die Nationalsozialisten, durch das ...Drängen Müssen der ganzen reaktionären Meute auf den Wink



des Papstes, stehen die Arbeiterfrauen vor neuen, großen Gefahren. ...Sie haben kein Interesse daran, ob die Frauen die Kinder erstikken, die sie zur Welt bringen — aber ob sie nach wenigen Tagen an Unterernährung zugrunde gehen!

Und an den Lebenden, die Aushungerung ganzer Arbeiterfamilien durch die übergroße Kinderzahl kümmert die Herren ...Moral nur die „Sittlichkeit" nicht verletzt wird!

Also — ihr Arbeiterfrauen — das ist das Gesicht der Herrschenden! Das ist das Gesicht des Faschismus!

Im Sowjetunion, unser proletarisches Vaterland, ist uns auch ...ein leuchtendes Beispiel!

Gleichberechtigt mit dem Manne steht die Frau im Produktionsprozeß. Frei kann sie bestimmen darüber, ob sie Kinder haben will oder nicht! Und so **wie die russischen Schwestern sich diese Rechte erkämpft haben, müssen auch wir sie uns erkämpfen!**

Wir sagen allen Feinden des Proletariats, wir sagen allen Verteidigern des Mordparagraphen den schärfsten Kampf an!

Wir werden kämpfen für die Beseitigung dieser Kulturschande. ...Wir werden aber auch, daß er nur fallen wird, wenn die kapitalistische „Ordnung" fällt!

Wir wissen, daß wir kämpfen müssen für Sowjetdeutschland, wenn ...wir unsere Freiheit kämpfen wollen!

Darum werden wir aufmarschieren am Internationalen Frauentag!

Landarbeiterinnen, heraus zum Streik!

Heißt mit rote Gutsräte schaffen

Die Großagrarier wollen hinter den Raubrittern von der Industrie nicht zurückstehen. Auch sie fordern Lohnabbau. Die schändlich niedrigen Löhne der Landarbeiter und Landarbeiterinnen sollen noch mehr gesenkt werden. Es wird der Abbau um 4 Pfennig für Männer und um 3 Pfennig für Frauen gefordert. Das bedeutet einen Abbau der Barlöhne bis zu 30 Prozent. Nirgends wird die Frau so sehr ausgebeutet wie in der Landwirtschaft. Sie muß dieselben schweren Arbeiten leisten wie die Männer, muß Säcke tragen, Getreide langen, und bekommt dafür 21 Pfennig Barlohn pro Stunde. Dazu kommt ein lächerlich geringer Deputatlohn. Die Hungerlöhne der Landarbeiter zwingen die Landarbeiterfamilie dazu, selbst die Kinder zur Arbeit zu schicken. In dieser Form besteht das Hofgängerwesen lustig fort. Noch eine neue Form der vermehrten Ausbeutung haben die Großagrarier gefunden. Sie entlassen die männlichen Landarbeiter und stellen dafür Frauen an ihre Stelle.

So wurden z. B. auf dem Rittergut Hohenthurm, Abteilung Petersdorf, die Landarbeiter entlassen, sie müssen stempeln gehen, und die Landarbeiterinnen müssen mit Pflügen und Ochsengespann das Land bearbeiten.

Diese Arbeit ist natürlich für die Frauen viel zu schwer. Ihre Gesundheit wird in kurzer Zeit untergraben. Das kümmert diese Gesellschaft nicht.

Wir müssen für andere Zustände kämpfen! Wir fordern, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Wir fordern weiter, daß die Landarbeiterinnen für ihre Arbeit denselben Lohn bekommen wie die Landarbeiter. Hinweg mit der Kindertausbeutung auf dem Lande.

Sollen die fetten Großagrarier ordentliche Löhne bezahlen, dann werden sie ihre Rüben auch von erwachsenen Arbeitern verzogen bekommen.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen! Die Frühjahrsbestellzeit rückt immer näher. Nicht länger mehr dürft ihr warten. Jetzt müßt ihr den Streik organisieren. Hört nicht auf die Bonzen vom Deutschen Landarbeiter-Verband, die den Streik auf eine später Zeit verschieben wollen. Sie meinen natürlich auf den Sankt-Nimmerleinstag! Schon haben auf einigen Gütern die Landarbeiter vorbereitende Kampfausschüsse gebildet und rote Gutsratslisten aufgestellt. Holt auch ihr das sofort nach. Alles heraus zur Organisierung des Landarbeiterstreiks!

Mobilisiert die Landarbeiterinnen

am kommenden Sonntag bei der Landagitation! Diskutiert mit ihnen und klärt sie auf über ihre wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Landarbeiterstreiks! Rüttelt sie auf zum Kampfaufmarsch an

Internationalen Frauentag am 8. März

Eine Haussklavin für 30 Pfennig Lohn pro Tag

So will es das Gesmeiß haben — Arbeiterfrauen, macht ihnen einen Strich durch die Rechnung

Im „Naumburger Tageblättchen", dem Blatte, das die Offiziersdämchen lesen, deren Männer für ihre „Dienste am Vaterlande" hohe Pensionen beziehen, ist ein „Eingesandt", das besonders die Arbeiterfrauen und Arbeitermädels sich einmal richtig ansehen müssen. Irgend so eine Offiziersdame schreibt da, daß es jetzt an der Zeit wäre, die „teutschen" Hausfrauen aufzurüsten, damit sie nicht mehr für die „unersättlichen Dienstboten" die Sozialbeiträge zahlen müssen. Das satte Bourgeoisweib jammert: „Wo sind die guten Zeiten geblieben, als es noch „Dienstmädchen" und keine „Hausangestellten" gab! Hatten wir doch nur wieder solche netten Dienstmädchen wie früher!"

Eine willenlose, demütige Sklavin wollen also diese faulen Weiber haben. Bis zum 1. April sollen die Hausfrauenverbände auf Wunsch dieser Einsenderin überall Stellung nehmen und beschließen, daß alle Soziallasten die Hausangestellten tragen müssen. „Die sollten mal ruhig weniger seidene Strümpfe und teuere Hüte tragen." — So höhnt das Bourgeoisweib.

Arbeitermädels! Ihr schuftet in den Haushaltungen der schmarotzenden Ausbeuter von früh bis abends. 25—40 Mark monatlich, das ist der „Lohn" für die ungeheure Arbeit, die ihr leisten müßt. Dann werdet ihr noch von oben herab als Menschen zweiter Klasse behandelt, müßt in der Küche essen, damit durch eurer verarbeiteten Hände das ästhetische Gefühl der „Herrschaft" nicht verletzt wird. Es steht doch fest, daß diese Sorte Menschen im Dreck herumnimmt würden, wenn sie ihre Arbeit allein machen müßten. Sie, die feinen Finger krumm machen, um Existenzberechtigung zu haben, sie wollen über diejenigen herrschen, die ihnen die Werte schaffen!

Ihr müßt euere Feinde erkennen!

Euere Ausbeuter gehören meist der Nazipartei an, und warum sie der Nazipartei angehören, davon wollen wir euch nur ein kleines Beispiel sagen! Die Nazis haben im Reichstag einen Vorschlag eingebracht, daß die Arbeitsdienstpflicht auch für die jungen Arbeitsmädels eingeführt werden soll. Begierig haben das die nationalen Zeitungen aufgegriffen. Im „Karlsruher Tageblatt" schreibt da so ein schmieriger Kerl:

„Wie wäre es nun, wenn man das weibliche Arbeitsdienstjahr für alle 20—22jährigen Fabrikarbeiterinnen und Büro**damen** einführen würde, dergestalt, daß sie ein Jahr im häuslichen Dienste bei einer fremden, nicht verwandten Familie an einem entfernten Ort zubringen und in allen Zweigen der Hauswirtschaft ausgebildet werden müßten. An ihrer Stelle werden in den Fabriken und Büros zwangsweise arbeitslose junge Männer zum Lohn der betreffenden Frauen eingestellt. Als Lohn wäre dem Mädchen wie ehedem beim Militär pro Tag 30 Pf. zu zahlen."

Arbeiterinnen und Arbeiter! Das geht euch alle an! Zwei Fliegen mit einer Klappe will diese Ausbeutergesellschaft schlagen. Die Männer sollen für den Lohn der Frauenarbeiten, dann werden die Löhne natürlich allgemein herabgedrückt werden nach dem Motto: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig", und die fetten Bourgeoisweiber bekommen fast unentgeltlich eine Sklavin für ihren Haushalt gestellt, damit sie sich noch mehr pflegen können!

Wohlweislich schreiben die nationalen Blätter nur davon, daß Fabrikarbeiterinnen und „Bürodamen" unter dieses Arbeitsdienstpflichtgesetz fallen sollen. Die Töchter der Besitzenden können natürlich selber mit kommandieren und ausbeuten!

Arbeiter! Arbeiterfrauen! Bereitet diese ungeheuerlichen Schandpläne der Bourgeoisie durch den energischsten Kampf der Gesamtarbeiterklasse zum Sturz des Ausbeutersystems!

Landfrauen-Versammlung vom Luisenbund

A.K. Vortrag der Schriftstellerin Frau Soundso. Den müssen wir uns anhören — unsere Frauen wollen jetzt nicht mehr zu Hause bleiben, wenn bei den „Andern" was los ist, wir wollen denen sehr gerne mal was dreinreden.

7 Genossinnen machen sich auf den Weg. „Aber das kostet Eintritt!" „20 Pfennig!" „Oh!" „Wir legen zusammen." „Nu, ja — und Kaffee gibts auch!" „Und Kuchen!" „Und Schlagsahne!" „Ja, dafür ist es auch der Luisitischenbund." „Aber ich möchte mir doch noch ein paar bessere Strümpfe anziehen! Die sind nämlich alle mächtig fein angezogen!" „Du — und ich mit meinen alten Klamotten!" „Nu mach aber 'n Punkt, — die sind für den Radiesenbund noch lange gut!" „Na ja —, die im Luisenbund, die können das —, das sind doch nicht so 'ne wie wir!" „Na klar."

Am Kaffeetisch, — im Saal. 7 Proletenfrauen mit ihren alten Sachen — schnuppern — hm — Bohnenkaffee —, der duftet aber! Große Tische in Hufeisenform, weiß gedeckt, daran sitzen die besseren Bürgersfrauen und die Damen von den Gütern —, wir haben draußen schon ihre Wagen gesehen —, die haben darin ein paar Landarbeiterfrauen gleich mitgebracht. Es ist sehr feierlich kaffeeklatschisch — wie es sich gehört bei besseren Leuten. „Bitte, ist die Versammlung öffentlich?" „Oeffentlich? Ja — nein —, aber warten Sie bitte einen Augenblick —, ich will einmal mit der Dame vom Vorstand sprechen." „Wir möchten uns den Vortrag anhören!" „Ach ja — wenn Sie Interesse dafür haben, wird man Sie doch einlassen — es ist doch schön, wenn jemand Interesse

Er muß nicht nur im Zeichen der Massenmobilisierung, sondern im Zeichen der Massenorganisierung der werktätigen Frauen stehen.

daran hat — es ist allerdings sonst nur für den Luisenbund und die übrigen vaterländischen Vereine."

„Ach so!" Wir machen kein Hehl daraus, wer wir sind —, die Kassendame kommt von der Vorstandsdame zurück: „Es tut mir leid. Wir können Sie nicht hereinlassen!" — Also haben die Dämchen doch gleich gemerkt, daß wir Kommunistinnen sind und nur in die Versammlung hineinwollten, um mit den Landarbeiterinnen, die dort drin waren, zu sprechen.

Unsere Arbeit unter den Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen wird verstärkt durchgeführt. Wir müssen jetzt zum Angriff übergehen. Viel Zeit bleibt nicht mehr bis zur Frühjahrsbestellung. Und bis dahin muß es gelungen sein, den Landarbeiterstreik auszulösen. Das ist eine große Arbeit, aber sie muß gelingen!

Was haben die sozialdemokratischen Frauenzeitungen den Arbeiterfrauen zu sagen?

Fünf Millionen Erwerbslose in Deutschland! Weit über eine Million erwerbslose Arbeiterinnen! Das sind Zahlen, die sprechen! Die sozialfaschistischen Blätter vom Schlage des „Volksblattes", der „Freien Presse", des „Volksboten" usw. haben darüber den Arbeiterfrauen aber nichts zu sagen! Vor uns liegt die Frauenbeilage dieser sozialfaschistischen Blätter. Sie betitelt sich „Blatt der Frau". Was haben die Sozialfaschisten den Frauen zu sagen? Sie fordern auf! — Nicht etwa, Frauen, kämpft gegen die Kapitalisten, gegen Erwerbslosigkeit und Massensteuern, gegen faschistische Diktatur — nein, das sagen diese Blättchen nicht! Sie fordern die Frauen auf, mitzuarbeiten an „der Weltstatistik der Frau"!

Arbeiterfrauen, nicht ein Wort vom Kampf wird gesagt, nicht einmal wird erwähnt, daß das kapitalistische System an allem Elend und Unglück der Frauen die Schuld trägt. Durch derartige Artikel sollen die Arbeiterfrauen fur vom Klassenkampf und dem Erkennen ihrer wirklichen Klassenlage abgehalten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0005

PROLETARISCHES FEUILLETON

Es lebe die Rote Armee, die Waffe des Weltproletariats!

Ein chinesischer Soldat über die Rote Armee

W. D. Sen, Soldat des XV. Regiments der Nordostarmee gegen die Sowjetunion, schreibt über seine Erlebnisse als Kriegsgefangener der Roten Armee

Im August vergangenen Jahres wurden wir nach der Mandschurei beordert. Monatelang gruben wir dort Schützengräben. Man sagte uns, die roten Haarigen*) (Rotgardisten) würden unser Land überfallen. Dies traf aber nicht zu. Im Gegenteil. Ich kann bezeugen, daß es unsere Truppen waren, die zuerst Feuer auf die roten Haarigen abgaben. Einige Male schlichen wir uns in tiefer Nacht über die Grenze. Die weißen Haarigen (Weißgardisten) zeigten uns den Weg. Wir organisierten Raubüberfälle. Drei russische Bauern wurden getötet, zwei Kühe und fünf Pferde ihnen fortgenommen. Aber das ist uns teuer zu stehen gekommen. Sogar unser Bataillonsführer und viele Unteroffiziere wurden von der Grenzwache der Roten Armee gefangen genommen.

Solch eine Schweinerei! Wenn wir doch nichts gegen diese Leute ausrichten können, warum hetzt man uns dann wie die Hunde auf sie? Sie haben uns doch nichts getan, nur wir stören ihren Frieden. Aber nicht wir haben die Schuld. Schuld haben die Offiziere der sogenannten „Truppen zur Bekämpfung der Russen", des Studentenkorps. Sie provozierten die Ueberfälle.

Da kommt nun am 29. Oktober solch eine Horde Soldaten der sogenannten „Propagandatruppe" des Studentenkorps der Fung-Hua-Universität zu uns: „Der rote Imperialismus greift China an. Wir müssen uns für unser Vaterland aufopfern. Wir müssen mit Todesverachtung unser Vaterland gegen die Sowjetunion verteidigen . . .", so reden sie.

Pfui Teufel! Ich sehe nur, daß unsere Truppen schon seit Juli die Ost-China-Bahn berauben und die Bürger der Sowjetunion unschuldig verhetzen. Nie sah ich einen roten Haarigen, der uns gegenüber feindlich auftrat. Sie schwingen große Töne: „Mein Vaterland". Für w e s s e n Vaterland? Ist das nicht das Vaterland Tschang-Kai-Scheks und Chang-Hsü-Liangs? Was geht das uns arme Teufel an?

O weh! Kaum flog ein Kanonenschuß vorbei, da kommt schon ein Bombenflieger! „Eigentlich will ich diesen Kampf doch gar nicht führen, aber jetzt muß ich mich doch meiner Haut wehren. Vor dem Kampf erzählten uns die Offiziere, die „roten Haarigen" schneiden ihre Gefangenen in Stücke oder begraben sie lebendig".

Solche Gedanken gehen mir durch den Kopf, da steht auch schon so ein „roter Haarriger" vor mir. Er kann mich bald mit seinem Bajonett erstechen oder, was noch schlimmer ist, lebendig gefangen nehmen. Er aber winkt mir zu. In meiner Angst schieße ich los. Sofort fällt er um. Ein anderer „roter Haariger" nimmt mich gefangen und bringt mich ins Ausland.

Schon am ersten Tag verschwand meine Angst. Die „roten Haarigen" waren gar nicht so blutrünstig. Sie behandelten mich nicht im geringsten schlecht, sondern waren sogar sehr freundlich zu mir.

Jetzt erfuhr ich, daß unser 15. und 17. Regiment niedergeschlagen wurde. Nicht nur die Soldaten, sondern auch die Bataillons- und Regimentsführer sind als Gefangene hierher gekommen. Und die sogenannten „Truppen zur Bekämpfung der Russen" des Studenten-Korps? Diese verflüchten Burschen! Ich denke, sie sind so viel klüger als wir, und können wirklich was fürs „Vaterland" leisten?! Schließlich wurden auch sie, genau wie wir, ihre alten Onkels, im Gefangenenzug eingeschlossen.

Ich war durch eine Kugel verwundet. Die „roten Haarigen" haben mich schon auf dem Feld ohne jede Feindseligkeit verbunden. Nun wurde ich mit vielen andern Soldaten zusammen, ohne jeden Unterschied, ob Chinese, ob Russe, ins Sowjet-Krankenhaus gebracht. Die Krankenschwestern und die wirklich guten Aerzte waren überaus freundlich. Es gab dort eine Lenin-Ecke, ein Klub, fast jeden zweiten Tag Kino und jeden fünften Tag Theater. Die Rotarmisten erzählten uns aus den Zeitungen und gemütliche Geschichten. Oft besuchten uns die Jungkommunisten, um uns zu zerstreuen und brachten uns Früchte mit.

Ein Rotarmist lag neben mir. Er hatte einen verwundeten Fuß. Eines Tages lachte er mir freundlich zu: „Kennst Du mich noch?" O, das war mir wirklich unangenehm! Er war derselbe, den ich damals aus Angst niedergeschossen hatte. Er war mir aber keineswegs böse oder feindlich.

Ich war einige Monate als Gefangener bei den „roten Haarigen". Sie heilten meine Wunden und schickten mich wieder nach China zurück. Ich sah ein, daß alles, was uns die Sowjet-Offiziere eingepaukt hatten, daß die „roten Haarigen schlechte Kämpfer und Barbaren ohne jedes Empfinden" seien, nur nichts Lügen für uns waren.

Dies ist mein Erlebnis bei meinem erstmaligen Gefangensein. Diese kleine Geschichte zeigt zugleich, wie uns die Kuomintanggenerale betrügen, damit wir gegen unsere Freunde, „die roten Haarigen" kämpfen.

*) Die Europäer werden in China im allgemeinen volkstümlich die „Haarigen" genannt.

Textilarbeiter aus Iwanowo-Wosnessensk bilden eine Rotarmistenabteilung. Eine Textilarbeiterin richtet ihre Abschiedsrede an die Arbeiter, die an die Front gehen. Gemälde von Juon.

Der Posten

Von einem Bauern-Rotarmisten

Langsam schreitet er hin und her,
Auf Wachsamkeit nur bedacht.
Wie ihm die Vorschrift es sagt.
Drohend blinkt matt sein Gewehr.

Durch die schwarzen Schleier der Nacht
Schlaflos der Posten späht.
Hört nur den Wind, der weht,
Als hielte er mit ihm Wacht.

Der Minuten schweigendes Heer
Ist langsam, träge entschwunden.
Auf Posten stand er zwei Stunden.
Der Ablösung harret er.

Unlängst noch stand er am Schraubstock und Rad.
Auf dem Felde pflügte er schwer.
Doch jetzt ist sein Freund das Gewehr
Und er schützt den Arbeiterstaat.

(Aus einer Rotarmisten-Wandzeitung.)

Schicksal eines Liedes / Von Erich Weinert

Eines Tages rief ein Genosse der Truppe „Roter Wedding" bei mir an, man brauche dringend und schnellstens ein Auftrittslied. Ich schrieb es, so schnell es ging. Es wurde künstlerisch und ideologisch nicht eines der besten; aber da es nur für eine gewisse Zeit, als Truppenlied gedacht war und der Text erfahrungsgemäß beim Kollektivvortrag auf der Bühne häufig verbessert wird, fiel dieser Mangel nicht allzusehr ins Gewicht.

Hans Eisler bekam es warm aus der Schreibmaschine und setzte es ebenso eilig unter Musik. Keiner von uns beiden ahnte, daß das Produkt eine längere Lebensdauer haben könnte als bis zu dem Tag, wo es den Hörern aus dem Halse heraushängen würde.

Aber es kam anders. Kaum war das Lied einigemale von der Truppe gesungen worden, als die Zuhörer anfingen, mitzusingen. Nach einigen Monaten wurde es in allen Sälen als Kampflied gesungen. Bald erscholl es als Marschlied bei Demonstrationen.

Es dauerte kein halbes Jahr, und der „Rote Wedding", ein ausgesprochenes Berliner Gelegenheitsliedchen, verbreitete sich wie Flugsamen über das ganze Land und fiel sogar hinter den Grenzen auf fruchtbaren Boden.

Wohin ich auf meinen Vortragsreisen kam, hörte ich den „Roten Wedding" singen.

In einer Dresdener Arbeitervorstadt sangen es die Kinder beim Spielen auf der Straße.

Als ich im letzten Herbst in der Wiener Vorstadt Döbling durch die Straßen ging, kamen mir drei Jugendliche entgegenmarschiert und sangen: „Roter Wedding grüßt euch, Genossen! Haltet die Fäuste bereit!"

In Basel trat ich in ein Arbeiterlokal. Das Grammophon spielte die Platte vom „Roten Wedding", und die Arbeiter sangen dazu.

In Lübeck tummeln sich am Hafen Arbeiterjungen umher und singen: „Und was wir spielen, ist Dynamit unter Hintern der Bourgeoisie!" Ich frage sie, was das für ein Lied wäre, das sie da singen. Antwort: „Dat hebbt wi ... unse Petei, dat is unser Kampflied!"

In Hamburg erzählte mir ein alter Genosse, der mit einer Delegation durch die Sowjetunion gefahren war, daß sie von der Ukraine von Landarbeitern aufgefordert worden wären, doch einmal das „Lied vom roten Wedding" zu singen.

Es wird mich nicht überraschen, wenn ich eines Tages hören, es würde bereits von hindinlischen Plantagenkulis bei der Arbeit gesungen.

Neulich stand ich an einem regnerischen Sonntagnachmittag in der Stralauer Straße und wartete auf die Straßenbahn. Auf dem Fahrdamm marschierte, die Hände in den Hosentaschen, ein kleiner Bursch von zwölf Jahren und sang schnetternd in heilige Sonntagsruhe: „Links, links, links! Die Trommeln wirbeln gerührt!"

Als er bei mir vorübermarschierte, mußte ich unwillkürlich lachen. Da blitzte mich der kleine Genosse mit einem Blick an, der hätte vernichten können und sang mit doppelter Kraft, mir zum Trotz gegen mein Lächeln zu protestieren: „Der rote Wedding marschiert!"

Dann blickte er sich noch einmal um mit einem Gesicht, dem deutlich zu lesen stand, was er meinte: dämlicher Affe!

Er wußte nicht, weshalb ich lachte. Aber ich habe mich herzlich gefreut über den Jungen!

Hitler am Bahnhof

(Angestelltenkorrespondenz)

Heute war ich gegen Mittag in Jena. Auf dem Rückwege zum Bahnhof begegnete mir zunächst eine ausgesuchte Kollektion „zerhackte Schnauze mit Ohren à la Jena". Dichter beim Bahnhof rannten Polizisten geschäftig hin und her, ihren Gummiknüppel schamhaft in einem Lederfutteral versteckt. Vor dem Bahnhof vier Autos, feins unter 15 000 Mark, hakenkreuzbewimpelt. Sonst sonntägliche Stille. In der Bahnhofsvorhalle: etwa zehn nebeneinanderstehende Koffer, aus Rind und Krokodil (wie die Herren dazu), bewacht von einem Spielmann der SA. Blaugefroren steht er daneben, vor einem riesigen Blumenstrauß, der mehr kostete, als dieser Prolet in 14 Tagen verbrauchen dürfte. An allen Türen Polizisten, ein Offizier. Sie unterhalten sich nur flüsternd, bewegen sich nicht vom Platze. Neben den Polizisten stehen je ein bis zwei Mann aus der schon erwähnten Kollektion.

In der anderen Ecke stehen, dicht zusammen, einige andere „Herren", Herr Hitler, seine Leibgarde von drei Mann, einer über Gardemaß und sicher Offizier a. D., zwei andere: militärisches „Untermenschentum", oder Kasernenhofblüten. Immer wenn die Türe aufgeht, gehen die Schweinsäuglein Hitlers hin und her über seine Getreuen ab. Als zwei Arbeiter, offenbar Heizer in einer Fabrik, durch die Halle kommen und dem Führer ein unfreundliches Auge zuwenden, bleiben Herrn Hs Augen auf den Polizeioffizier geheftet. Zum Abschied drückt man den demonokelten Gastgeber wohlwollend die Flosse, der SA-Mann ist weniger wert.

Dann fährt man nach München, natürlich seine Klassenstandesgemäß. Die Augen der „Herren Hitler & Co." lächeln zufrieden, als sagten sie: „Silbern klingt und springt die Beute ..." Der Bahnpostler sagt: „So was vertritt nun auch schon die Arbeiter. In Bayern hat er ausgespielt. Jetzt kommt er zu uns. Werden ihm was sch.... Wir nicht, wir sind Arbeiter und zahlen den Hitlers keine 8 Mark für einen Platz, wie er's gefordert in Weimar verlangt hat. Pfui Teufel!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

Rote Betriebsräte in jeder Grube, in jedem Schacht

Kampfwort an die Kumpels in allen Revieren

Nur noch einige Wochen trennen uns von den Betriebsratswahlen. Wie oft in den vergangenen Jahren sind die Kumpels der Notwendigkeit der Aufstellung roter Einheitslisten überzeugt. Die RGO hat die Aufgabe, überall, wo es an der Aufstellung der Betriebsratslisten hapert, beherzt einzugreifen. Hier und dort kommen Genossen noch eine schwankende Haltung. Wir hören Genossen schon sagen: nein, ihr denn nicht, daß die Aufstellung roter Listen der wichtigste Faktor in der Organisierung der Revolution ist? Werft also alle Vorurteile, die ihr noch gegen die Rote Gewerkschaftsopposition über Bord. Jedes Zaudern bedeutet, den kapitalistischen Betrieben und den sozialfaschistischen Verräter-Vorstand zu stärken, bedeutet, daß wir von vornherein bei der Organisierung der Kampfbereitschaft des Streiks und Massenkämpfen unterlegen werden.

Der Kumpel ist von dem Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer überzeugt. Zeigen wir ihm den richtigen Weg. Sagen wir ihm, wenn er aus Not und Elend heraus will, daß ein guter Hieb gegen das kapitalistische und sozialfaschistische Bollwerk die Wahl roter Betriebsräte bedeutet.

Die Genossen müssen mit stürmischem Enthusiasmus führend vorgehen. Können wir die Sozialfaschisten in den Betrieben verjagen? Jawohl! Die Bonzen des Bergarbeiterverbandes müssen zu ihrer Generalversammlung im vorigen Jahre offen ungeschminkt. Prozentual sank ihr Einfluß bei den Betriebsratswahlen von 72 Prozent 1928 auf rund 52 Prozent im Jahre 1930. Es ist schon im vorigen Jahre unsere Genossen überall zur Stärkung unserer Listen übergegangen, dann wäre es uns im Verein mit den Reformisten entscheidend zu schlagen. Diesen Vorteil müssen wir autholen.

Wir wurden im Verlaufe des letzten Jahres die besten Genossen aus den Betrieben hinausrationalisiert, aber Tausende neuer Kräfte sind erwacht. Die Arbeiter erkennen doch, was gespielt wird. Die erbärmliche und schmutzige Rolle haben gerade die Bergarbeiter und Entlassungen der sozialfaschistischen Betriebsrätebürokratie. Das Beispiel auf Grube Naumburg bei Deuben, wo **die freie Gewerkschafter die Stillegung der Brikettwerke und Entlassung von 140 Belegschaftsmitgliedern unterschrieben haben, beweist das am deutlichsten.**

Auch in den Kommunen liefern diese Sorte Betriebsräte die Knechte der Brüningschen Diktatur aus. In Wildschütz z. B. haben die Betriebsräte Böttcher und Patschke für die Erhöhung der Steuer! Das also ist das wahre Gesicht der Reformisten. Im Verein sind sie für Lohnabbau und in den Gemeinden extra noch für Erhöhung der Kumpels.

Darum lautet die Parole: **Rote Betriebsräte in jeder Grube, in jedem Schacht!**

Die Landarbeiter rüsten zum Streik

Vorbereitende Gebiets-Kampfausschüsse gewählt — Rote Wahlausschüsse auf den Gütern!

In 15 Konferenzen, die am vergangenen Sonntag in den wichtigsten Agrargebieten unseres Bezirks durchgeführt wurden, berichteten die Landarbeiterdelegierten, Männer und Frauen, über ihre erbärmlichen, menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Aber sie berichteten auch von ihren Kämpfen, die fortwährend zäh und erbittert auf den einzelnen Gütern, gegen den Terror der Großgrundbesitzer und ihrer Lakaien und gegen den offenen und versteckten Verrat der Gewerkschaftsbonzen ausgeführt werden. Sie berichteten vom ständig wachsenden Kampfwillen ihrer Kollegen und Kolleginnen, von ihrem Suchen nach Ausmegen, nach einer revolutionären Organisation und Führung für die kommenden Kämpfe.

Sie forderten von der Industriearbeiterschaft aktive Hilfe beim Aufbau der RGO-Gutsgruppen und bei der Verbreiterung der Front für den Frühjahrskampf.

Zehntausende von Landproletariern auf Hunderten von Gütern müssen noch mobilisiert und organisiert werden. Keine Landarbeiterversammlung darf mehr ohne organisatorische Arbeit und Erfolge vorübergehen. Der Aufklärungsarbeit muß sofort die Tat folgen; dann gewinnen auch die Landarbeiter Vertrauen zu ihren Klassengenossen aus den Industriegebieten und damit die notwendige Kraft, alle Hemmnisse und Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist die Forderung des Landproletariats an ihre Brüder in den Fabriken und Bergwerken und auf den Stempelstellen.

Die Delegierten auf den einzelnen Konferenzen gingen nach gründlicher Aussprache sofort zur Tat über.

Für die Gebiete Sangerhausen, Merseburg, Torgau und Saalekreis wurden vorbereitende Kampfausschüsse geschaffen.

Damit haben die Landarbeiter den ersten entscheidenden Schritt zur selbständigen Organisierung ihres Streiks getan. Das ist die erste Kampfhandlung des Landproletariats gegen die Angriffe der Junker. Das bedeutet die endgültige Trennung des Landproletariats von der verräterischen Führung der reformistischen und gelben Verbände. In Torgau wurde, wie man uns berichtet, der Landarbeiterbonze Jeutzsch in einer DLV-Konferenz von den empörten Gutsproleten tüchtig angegriffen. Ueberall verwandelt sich das bisherige Vertrauen zu diesen Arbeiterleinden in offenes Mißtrauen und in offene Feindseligkeit. Jetzt heißt es, die Mitglieder und Anhänger dieser Verbände für die proletarische Einheitsfront von dem Lande zu gewinnen.

Die Kampfausschüsse müssen sofort auf den Gütern weiter vorstoßen, überall Kampfleitungen aus den Reihen der Belegschaft wählen lassen und die Gutsrätewahlen sofort in Angriff nehmen.

Auf jedem Gut muß ein roter Gutsrat gewählt werden, der sich verpflichtet, an der Spitze seiner Belegschaft gegen den Terror und Lohnraub der Junker sowie gegen den Verrat der Gutsgewerkschaftsbonzen zu kämpfen. **Männer, Frauen und Jugendliche, deutsche und ausländische Landarbeiter müssen in einheitlicher Kampffront unter der Führung der RGO ihren Feinden entgegentreten.**

Alle anderen Agrargebiete müssen sofort ihren Tempoverlust aufholen. Die Landarbeiter haben keine Zeit mehr zu verlieren. Es gilt jetzt, über ganz Mitteldeutschland in geschlossener Front auf allen Gütern gleichzeitig vorzudringen. Nur so kann der Streik der Landarbeiter zu einem wirklichen Massenstreik werden. Nur so können die Landarbeiter den Terror der Gutsbesitzer und Behörden überwinden. Die vorbereitenden Kampfausschüsse müssen sofort und ständig durch Delegationen der neugewonnenen Gutsbeleghschaften verstärkt und erweitert werden. Industriearbeiter und Erwerbslose müssen diesen Kampfausschüssen angeschlossen werden, damit die Front des Landproletariats durch eine **gute Verbindung mit Fabriken, Bergwerken und Stempelstellen gestärkt wird.**

Am 1. März, dem Tag der Industrie- und Landarbeiter, müssen Stoßbrigaden auf die Güter marschieren, dort Belegschaftsversammlungen durchführen und den Kampf der Landarbeiter organisatorisch vorbereiten.

Auf allen Gütern müssen die Belegschaften sofort zusammentreten und Delegierte für den **Kampfkongreß des mitteldeutschen Landproletariats** wählen. Der Kongreß findet am **8. März in Halle statt.** Bis zum 4. März müssen beim Bezirkskomitee der RGO alle Delegierten gemeldet sein. **Vorwärts, Genossen, schafft die revolutionäre Einheitsfront des gesamten Landproletariats zum Kampfe gegen den Lohnraub und für die Forderungen der RGO!**

Spalterpraxis im Baugewerksbund

Genosse Einicke, Nordhausen, ausgeschlossen.

A.-K. Wie oft sind wir Kommunisten von den Gewerkschaftsbonzen nicht schon als Spalter der Gewerkschaften bezeichnet worden. Wer nun wirklich die Spalter sind, zeigt uns jetzt ein Fall im Nordhäuser Baugewerkschaftsbund. Im Anschluß an den abgewürgten Berliner Metallarbeiterstreik, hatte die Partei eine öffentliche Versammlung einberufen. Ein Genosse sprach über die „Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks". Es ist selbstverständlich, daß der Verrat der Metallarbeiterbonzen, in dieser Versammlung scharf gekennzeichnet wurde. Der hiesige Metallarbeiterbonze Börner war zu feige selbst zu kommen und schickte seine Lakaien, die SPD-Betriebsräte Blankenhagen und Buchmann. Die SPD-Leute wurden zum Sprechen gezwungen. Ihre Ausführungen sollten eine Verteidigung des Verrats in Berlin sein. Ihre moralische Niederlage war so stark, daß sie aus Wut darüber unsere Genossen Hans Schildt und Ludwig Einicke bei der Gewerkschaftsbürokratie denunzierten. Der Erfolg war die Einleitung eines Ausschlußverfahrens. Genosse Schildt erhielt von der Holzarbeiterbürokratie einen Verweis. Genosse Ludwig Einicke wurde jetzt aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen. Die Anklage lautete Verstoß gegen die Bundeslatzungen. Aufforderung zum Eintritt in die RGO. Der Denunziant Karl Blankenhagen, SPD-Betriebsrat bei Schmidt, Kranz u. Co. ist trotz zweimaliger Aufforderung, vor dem Untersuchungsausschuß nicht erschienen. Buchmann erschien erst das zweitemal und mußte seine Behauptungen zurücknehmen.

Der Bauarbeiterbonze Müller mußte sich aber zu helfen. Er beantragte trotzdem Ausschluß! Es genüge schon, wenn jemand an einer Versammlung teilnehme, in der gegen die Gewerkschaftsführer Stellung genommen werde. Die Generalversammlung der Baugewerkschaft Nordhausen hat daraufhin den Ausschluß beschlossen.

Jetzt gilt es, den Bonzen Müller zu zeigen, daß die Mehrheit der Bauarbeiter zur RGO steht. Wählt auf den Baustellen nur oppositionelle Kollegen als Delegierte. Lernt aus dem Fall Blankenhagen und Buchmann, gebt den Denunzianten die Antwort, schafft in den Betrieben die Voraussetzung für die Wahl roter Betriebsräte und den Kampf gegen Unternehmertum und Bonzenbrut!

Die Lehren aus dem Holzarbeiterkampf

Verräterischen Bonzen haben die höchsten Anforderungen „an die Nerven der Kollegen gestellt"

In der breiteten Front im ganzen Reiche sind die Unternehmer bereits zum Angriff auf die Löhne übergegangen. Gestern hat das Kapital mit der faschistischen Brüning-Regierung im Stegerwald getroffenen Vereinbarung soll der Lohn 10 Prozent gesenkt werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten waren sofort bereit, Geschäfte der Unternehmer Rechnung zu tragen. Bei der ersten Aussprache mit den Unternehmern erklärten sie:

„Wir verschließen uns nicht der volkswirtschaftlichen Erkenntnis, auch in der Holzindustrie der Lohnabbau durchgeführt werden muß."

Holzarbeitern aber sagten sie mit vor Weisheit triefendem Mund, daß die moderne Gewerkschaftstrategie **„höhere Anforderungen an die Nervenkraft der Kollegen stellt"!** und die einfachen Mittel früherer Zeiten (sie meinen damit Streik) jetzt nicht mehr anwendbar sind. (!)

Das Ergebnis dieses feigen Verrats war, daß bei der zentralen Verhandlung am 2. Februar der Ministerialdirektor Dr. Memes als Vertreter der Holzarbeiter (lies: DVB-Bonzen), nachdem er sich **im Stuhlbuden „gesteppt" hatte, im Vorzimmer sitzen ließ,** und sich in einem anderen Raum eingehend nach den Wünschen der Unternehmer erkundigte! Er machte dann der Gewerkschaftsbonzen klar, daß die Unternehmer auf ihre Forderungen Lohnabbaues von mindestens 8 Prozent beharren, forderte die Aufhebung der Lohnrichtlinien aus dem Manteltarifvertrag, Verkürzung des Ferienzuschusses und des Berufsgruppen- und Ortszuschlagsfonds. Die Bürokraten schreiben großspurig in der Gewerkschaftszeitung": „Der Kampf geht weiter". Wie dieser Kampf vorbereitet, haben die Holzarbeiter in Halle ganz empfindlich am eigenen Leibe gespürt. Nachdem die Bürokraten ihre Forderungen von den Unternehmern durch den Herrn Ministerialdirektor Memes hatten, traten sie zu Bezirkskonferenzen zusammen und beschlossen für halle, bis zu 6 Prozent Lohnabzug zuzustimmen! **Auf Halle verhandelten sie dann am 18. Februar in Halle und es kam zu Lohnreduzierung von 6 Pfennig pro Stunde und 6 Prozent Ortszuschlag mit den Unternehmern vereinbart.**

Während wurde erstmalig bis zum Juli 1931 festgelegt. Die Entlassung der ausgesperrten Holzarbeiter erfolgt so, wie es den Unternehmern recht ist.

Als ein Teil der Hallischen Holzarbeiter 5 Wochen lang ausgesperrt wurden sie von der Bürokratie zusammengerufen, und mußten auf ihren „Erfolg", daß keine Verschlechterung des Lohnes bis zum Juli stattfindet, wurden die Kollegen aufgefordert die Arbeit wieder aufzunehmen, um Schulter an Schulter mit Streikbrechern wegen verschlechterten Hungerlohns weiterzuarbeiten. Als einige Kollegen dagegen auftraten, erklärte der Bezirksleiter ganz kategorisch: „Wer sich am 19. Februar nicht bereit erklärt die Arbeit wieder aufzunehmen, macht sich des Vertragsbruches schuldig." Eine Abstimmung ließ er nicht zu. Das Ergebnis war, daß am anderen Tage bei Clauß & Rühl und Reinicke 300 Kollegen verzeichnet wurden.

Man hat hohe Anforderungen an die Nerven der Kollegen gestellt.

Arbeiter von Halle! Der soeben erlebte Verrat sollte euch die Augen öffnet und jeden überzeugt haben von der Notwendigkeit, die reformistische Bonzengesindel zum Teufel gejagt und daß die gewerkschaftliche Kampfmethode, der Streik, als einziges gegen die Angriffe der Unternehmer angewandt werden muß! Im schärfsten Kampfe gegen die Bonzen müssen die Holzarbeiter unter Führung der RGO jetzt dazu übergehen, zum Streik zu rüsten. Nicht nur zur Abwehr des Lohnraubes, sondern für die Forderungen:

40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich;
14 Tage Mindestferien im Jahre für alle erwachsenen Holzarbeiter und -arbeiterinnen;
4 Wochen für Jugendliche und gleicher Lohn bei gleicher Arbeit.

Darum, Kollegen, ab organisiert aber unorganisiert, hinein in die RGO! In allen Betrieben sind Betriebsgruppen zu bilden und vor allen Dingen rote Betriebsrätewahlen durchzuführen.

Nieder mit den Knechten des Kapitals!

Demagogische Beschlüsse der sogenannten sozialistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Schon auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß der Amsterdamer in Stockholm im August 1930 haben die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit Beschlüsse gefaßt, die nichts weiter als eine leere Geste bedeuten. Die Tatsache, daß ihr Beschluß zur Verkürzung der Arbeitszeit keinen Lohnausgleich vorsah, kennzeichnete das Spiel der Reformisten mit den Interessen der Arbeiter. Was ist in der Zwischenzeit vom Stockholmer Kongreß bis zur Züricher Tagung der Amsterdamer und der 2. Internationale, die im Januar d. J. stattfand, zur Verwirklichung des Beschlusses betreffend Kürzung der Arbeitszeit geschehen? Nicht nur, daß keine Mobilisierung der Arbeiterklasse von den Sozialfaschisten vorgenommen wurde, sondern, wie nicht anders zu erwarten war, haben die Amsterdamer gemeinsam mit den Unternehmern die Existenz der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert.

Die auf der Züricher Tagung gefaßten Beschlüsse sehen vor:

1. Den Kampf um die 5-Tage-Woche (40 Stundenwoche) international aufzunehmen.

2. Beteiligung der überall von den Unternehmern angegriffenen Arbeitslosenversicherung und insbesondere die Forderung, daß die Arbeitslosen und Kurzarbeiter die notwendige Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit erhalten.

Der Beschluß zur 5-Tagewoche ohne Lohnausgleich liegt ganz in der Linie der Unternehmer, die, wie das einige Beispiele in Deutschland beweisen, hierbei noch ein Geschäft machen.

Was die Stellung der sogenannten sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationale zur Erwerbslosenfrage anbetrifft, so zeigt sich hier erneut wieder einmal die ganze Erbärmlichkeit der Sozialfaschisten. Theorie und Praxis. Erinnert sei nur an die Tätigkeit der Hermann-Müller-Regierung und im Zusammenhang damit insbesondere die Behandlung der Erwerbslosen durch den Arbeitsminister Wissell. Nur ein Beispiel von den vielen wollen wir anführen. Am 10. Juli 1928 brachten die Kommunisten im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages den Antrag ein, die Krisenunterstützung allen Erwerbslosen in gleicher Höhe wie die Erwerbslosenunterstützung auszuzahlen.

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell sprach gegen diesen Antrag.

Dieser Sozialfaschist war es auch, der den Angriff der Unternehmer auf die Arbeitslosenversicherung durch folgende Worte unterstützte:

„Die Möglichkeit des Mißbrauchs in den einzelnen Zweigen der Versicherung ist zweifellos vorhanden."

So zeigt sich in den Beschlüssen, die in Zürich gefaßt worden sind, der schamloseste Verrat an den Betriebstätigen und Erwerbslosen. Dieser Verrat muß von jedem denkenden Arbeiter damit beantwortet werden, daß er sich einreiht in die rote Klassenfront und daß er zum revolutionären Kämpfer wird.

Mit Lug und Trug Ausschlüsse aus dem Buchdrucker-Verband Halle

Die Renegaten als Kettenhunde der Sozialfaschisten

In der am Freitag, dem 27. Februar, stattgefundenen Buchdruckerversammlung sollte wieder einmal ein „großer Schlag" gegen die Opposition durchgeführt werden. Gegen eine ganze Reihe von Genossen hatten die Renegaten Ausschlußantrag gestellt. Mit den erbärmlichsten Lügen und Verleumdungen haben die Renegaten es fertiggekommen, eine klägliche Mehrheit für Ausschluß zu erreichen. Gegen den Genossen Barth waren die Verleumdungen so stark, daß die Versammlung den Ausschluß ablehnte. Ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer hat überhaupt nicht abgestimmt, da sie die Rachepolitik der Riebenstadt, Drechsler und Konsorten fürchteten. Gegen solche Methoden der elendesten Verleumdung müssen alle ehrlichen Buchdrucker Sturm laufen. Für die Opposition ist diese Angelegenheit noch nicht erledigt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0007

HALLE

Sonnabend, den 28. Februar 1931.

Belagerungszustand über Halle

Erwerbslose Jungarbeiter als Freiwild der Polizei

Die hallische Polizei setzt die Treibjagd gegen junge erwerbslose Arbeiter in den Straßen fort. Gestern mittag gegen 1½2 Uhr standen an der Ecke Hallmarkt-Dicaruestraße sechs Jungarbeiter. Sie standen da und unterhielten sich. Es sind erwerbslose junge Arbeiter, die selbstverständlich keine Lust verspüren, den ganzen Tag in ihren Elendsquartieren zu hocken. Sie streifen in kleinen Gruppen durch die Straßen, sie treffen Bekannte oder Kollegen und bleiben mal an irgendeiner Ecke eine Viertelstunde stehen, um sich zu unterhalten. Auf der Straße stehenbleiben und sich unterhalten, das ist aber in der deutschen Republik nicht mehr geduldet. Wo die Polizei eine Gruppe solcher junger Arbeiter antrifft, geht sie dazu über, die Arbeiter nicht etwa zum Weitergehen aufzufordern, sondern sie werden wie ertappte Schwerverbrecher

auf offener Straße festgenommen und nach dem Polizeipräsidium geschleppt.

So erging es auch den Jungarbeitern, die gestern am Hallmarkt standen. Zwei Schupos erschienen und forderten die Jungarbeiter auf, mitzugehen. Auf die Frage eines Jungarbeiters, was denn überhaupt los wäre, erklärte der eine Beamte unwirsch: „Das geht Sie nichts an!" Was sollten die jungen Proleten tun, es blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit nach dem Polizeipräsidium zu gehen. Dort wurden sie nach Waffen durchsucht (!) und nach Namensfeststellung wieder entlassen. Aber nicht nur das, sie erhielten außerdem noch den „freundlichen" Bescheid, daß ihnen eine Anzeige wegen Verkehrsstörung (!) zugehen würde. Wie uns berichtet wird, verfährt die Polizei nicht nur mit Gruppen von Erwerbslosen in dieser skandalösen Weise, sondern auch einzelne auf den Straßen stehende Arbeiter und Passanten werden vertrieben und bedroht. Wir haben schon einmal auf diese „neue Praxis" der Polizei zur Schikanierung der Erwerbslosen hingewiesen. Diese Methoden stellen selbstverständlich nichts anderes als bewußte Provokationen von revolutionären Arbeitern dar. Polizisten und Nazibanditen dagegen können auf der Straße ihr Unweien treiben, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden.

Die hungernden Erwerbslosen sollen mit Brachialgewalt von der Straße ferngehalten werden. Durch willkürliche Polizeiintrafen sollen sie an ihre Elendshöhlen gebannt werden. Gegen dieses durch nichts gerechtfertigtes Vorgehen der Polizei, gegen diese unerhörte Peinigung der hungernden erwerbslosen Arbeiter muß die gesamte werktätige Bevölkerung schärfsten Protest erheben!

Eine wuchtige Massenaktion gegen die Kulturreaktion

war die gestern im „Volkspark" abgehaltene Kundgebung der KPD, in der die Genossin Traute Hölz über die Enzyklika des Papstes referierte und die verschärften Angriffe aufzeigte, die insbesondere den Arbeiterfrauen von der Seite des Brüning-Zentrums und der Nazis drohen. Der Lohnraub in den Betrieben, die Massenerwerbslosigkeit, die brutalen Niederknüppelungsmethoden der Polizei gegen kämpfende Arbeiter sind begleitet von dem Hirtenbrief des Papstes, der die Arbeiterfrauen zur Duldsamkeit und Zufriedenheit erziehen will und von den Bestrebungen der Nazis, die Frau durch das Arbeitsdienstjahr zur völligen Sklavin zu machen. Besonders scharf brandmarkte Genossin Hölz die Verhetzung des Genossen Friedrich Wolff in Stuttgart wegen angeblicher Nichtanwendung des § 218, dessen Opfer im Zusammenhang mit seinem Prozeß über 100 Frauen werden sollen.

Eine einstimmig angenommene Entschließung forderte die sofortige Freilassung des Genossen Wolf, die Beseitigung des § 218 und begrüßt die von der IAH organisierte Volksaktion gegen diesen Schandparagraphen.

Einige proletarische Phrasen, die der unvermeidliche Diskussionsredner Bohne vorzutragen, wurden von der Genossin Hölz mit dem treffenden Hinweis beantwortet, daß es nicht auf Redensarten ankäme, sondern darauf, in den Reihen der proletarischen Organisationen revolutionäre Kleinarbeit zu leisten und die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit wirklich vorzubereiten.

Für die Reichsfrauenkonferenz der IAH am 14. und 15. März in Halle wurden Delegierte gewählt, darunter eine parteilose Gewerbetreibende. Bei den Vorbereitungen zum Internationalen Frauentag muß überall die Wahl von weiteren Delegierten erfolgen!

Nationalfaschisten hetzen Polizei gegen Arbeiter

Severings Polizei als Schutztruppe der Na

Nachtsolle Massendemonstration gegen die Nazibanditen — Pfeifenversammlung im Stadtschü

Die Polizei mißhandelt auf Geheiß der Nazis Arbeiter und Arbeiterinnen — Mehrere Arbeiter

Die Nazis hatten gestern in Halle eine öffentliche Versammlung nach dem „Stadtschützenhaus" einberufen. Zu provozierender Weise haben die Nationalsozialisten bei der Propagierung dieser Versammlung zu erkennen gegeben, daß der Gauleiter Jordan ausschließlich eine Hetzrede gegen die Kommunistische Partei halten wird. Dem Rufe der Kommunistischen Partei und des Kampfbundes gegen den Faschismus, vor dem Versammlungslokal der Faschisten zu demonstrieren, hatten gestern abend viele Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen Folge geleistet! Das revolutionäre Proletariat von Halle, das erst am Mittwoch anläßlich des Kampftages gegen die Wohlfahrtslosigkeit eine wuchtige Demonstration gegen den Faschismus durchgeführt hat, konnte die Provokationen der hallischen Nazis selbstverständlich nicht unbeantwortet lassen! Deshalb war es auch gestern auf der Plan getreten, um mit den faschistischen Provokateuren politische Abrechnung zu halten.

*

Wie nicht anders zu erwarten war, hatte die Polizei gestern alle Vorbereitungen getroffen, um den Nazis weitgehendstens Schutz zu gewähren. Es ging ja gegen die Kommunisten, und da ist die Severing-Polizei immer zur Stelle!

Ein ungeheures Polizeiaufgebot ist gestern den Nazis an die Seite gestellt worden!

Der ganze Königsplatz wimmelte bereits um 19 Uhr von Polizisten. Die berittene Polizei war außerordentlich stark vertreten. Es waren etwa vier bis fünf Hundertschaften der Polizei, die gestern innerhalb und außerhalb des Stadtschützenhauses das feige Nazigesindel vor dem Proteststurm der revolutionären Arbeiter verteidigten.

Vielen Versammlungsbesuchern, die auf Vorzeigung ihrer Stempelkarte für den niedrigsten Eintrittspreis in die Nazipersammlung gelangen wollten, wurde der Zutritt verweigert. Bereits kurz nach 19 Uhr wurde den Einlaß begehrenden erwerbslosen Arbeitern an der Kasse erklärt, daß die Erwerbslosenkarten bereits ausgetauscht seien. Das war natürlich ein Schwindel. Die Nazis wollten die Erwerbslosen schamlos ausplündern! Später ist sogar Arbeitern, die bereit waren, den erhöhten Eintrittspreis von 50 Pfennig zu bezahlen, der Eintritt versagt worden. Der Zustrom von Arbeitern und Arbeiterinnen zur antifaschistischen Kundgebung auf dem Königsplatz setzte immer stärker ein. Als die Trommler- und Pfeifenkapelle der Nazis anrückte und durch den Gartenzaungang in das Lokal schlüpfte, ertönten bereits die ersten kräftigen Niederrufe auf den Faschismus! Angesichts des starken Zustroms der Arbeiter ging dann die Polizei — offenbar nach vorherigem Verständnis mit den Nazis dazu über, den Königsplatz zu räumen. Obwohl die antifaschistische Demonstration der Kommunistischen Partei nicht verboten war,

wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Polizei vom Königsplatz und den anliegenden Straßen vertrieben!

Hierbei taten sich vor allen Dingen die berittenen Schupos hervor, die sich nicht scheuten, in der Königstraße und sogar in der Landwehrstraße mit ihren Gäulen auf den Bürgersteigen herumzureiten, um Arbeiter und Passanten auf diese Weise von der Straße wegzutreiben. Trotz des Riesenaufgebotes der Polizei war aber die antifaschistische Kundgebung der Arbeiter nicht zu unterdrücken! Immer wieder sammelten sich auf dem Königsplatz Gruppen von Arbeitern, die im Sprechchor den Ruf:

„Nieder mit den faschistischen Arbeitermördern!"

laut werden ließen.

Gegen 21 Uhr versammelten sich die Arbeiter auf dem Thielenplatz. Von hier aus setzte sich dann ein

machtvoller Demonstrationszug

in der Richtung nach dem Königsplatz in Bewegung. Revolutionäre Kampflieder und Niederrufe auf den Faschismus erschallen in den Straßen. Der Zug, der sich über die Merseburger Straße durch die Wittenbergerstraße bewegte, wurde am Königsplatz von einer Polizeikette aufgehalten und nach der Blücherstraße geleitet. Die Arbeiter demonstrierten in mustergültiger Disziplin! Trotz des brutalen und rohen Vorgehens zahlreicher Polizeibeamten bewahrten sie äußerste Ruhe! Der Demonstrationszug bewegte sich dann durch die Riemenerstraße, direkt am Stadtschützenhaus vorbei nach der Königstraße in der Richtung Waisenhausring. Als die demonstrierenden Arbeiter gegen ½10 Uhr unmittelbar am Stadtschützenhaus vorbeimarschierten, ertönten aus Hunderten von Arbeiterkehlen Niederrufe auf die Faschisten. Diese Rufe der Arbeiter wuchsen orkanartig an, als sich am Eingang des Stadtschützenhauses einige Faschistenjünglinge blicken ließen. Der Eingang des Stadtschützenhauses war von etwa hundert Polizeibeamten abgeriegelt. Anfangs schien es, als ob der Vorbeimarsch des Zuges am Stadtschützenhaus trotz der ununterbrochenen brausenden Niederrufe auf die Faschisten ohne Provokationen gehen würde. So konnte etwa die Hälfte des Zuges ohne irgendwelche Zwischenfälle die Straße passieren. Da plötzlich am Eingang des Stadtschützenhauses eine Kommo

Mehrere Naziprovokateure stachelten die Polizeibeamten gegen die demonstrierenden Arbeiter vorzugehen. Einer der Nazigenossen berichtet wird, hat ein Naziführer einem Polizeioffizier zugerufen: „Los, drauf auf die Bolschewisten!" Und tatsächlich auf einmal der Ruf: „Nieder mit der faschistischen Bande!" Dieser Ruf kam nicht aus den Reihen der demonstrierenden Arbeiter. Ein Naziprovokateur hat diesen Ruf ausgestoßen, um vor Erregung fiebernden Polizeibeamten das Signal zum Losschlagen zu geben. Und so wurden die ahnungslos demonstrierenden Arbeiter und Arbeiterinnen von einer Rotte gefesselter Polizisten hinterrücks überfallen!

Etwa zwei Dutzend Schupobeamte, offenbar faschistische Elemente, denen die machtvolle Demonstration der Arbeiter und vor allem die dröhnenden Niederrufe auf den Faschismus in die Nieren gegangen waren, stürzten sich wie besessen mit erhobenem Gummiknüppel auf die Demonstranten und schlugen schonungslos auf sie ein.

Ein unbeschreibliche Panik brach aus.

Die wehrlosen Arbeiter und Arbeiterinnen flüchteten nach allen Seiten. Losgelassenen und brutal dreinschlagenden Polizeibeamten folgte die abscheulichste Königstraße in der Richtung Waisenhausring hinunter. Hierbei stürzten zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße! Die tobenden Ordnungshüter trampelten rücksichtslos über die hilflos am Boden liegenden Demonstranten hinweg.

Andere Polizeibeamte scheuten sich nicht, auch die bereits am Boden wälzenden Männer und Frauen mit viehischer Brutalität einzuschlagen!

Furchtbare Schmerzensschreie gellten durch die Straßen. Die Polizeibeamten setzten ihre wilde Verfolgung bis in die Leipziger Straße fort. Auch hier wurden ahnungslose Passanten, junge Mädchen usw. mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Prügeleien der Polizisten gegen die Arbeiter und Passanten gingen noch im Gange, als das alarmierte Krankenauto der Arbeiter-Samariterkolonne Halle nach der Königstraße fuhr. Eine Arbeiterin war durch die Faustkritte und Gummiknüppelhiebe der Severing-Polizei am Boden liegen geblieben. Sie wurde von Arbeitersanitätern mit dem Krankenauto der Verbandsstube der Arbeiter-Samariterkolonne Saale 6 abgeholt. Es handelt sich um die Frau Elli Hellwig, 31 Jahre alt, wohnhaft Seebener Straße 155, die über heftige Schmerzen im Rücken und in der Gegend der Nieren klagte. Zahlreiche Personen durch Stöße und Gummiknüppelhiebe der Polizisten verletzt. Auch den Arbeitersanitätern verbunden. Wir haben uns von den Verletzungen dieser Arbeiter überzeugt und mit den Betreffenden gesprochen. Uebereinstimmend erklärten sie, daß sie

völlig ahnungslos von den Polizisten überfallen und in der unmenschlichsten Weise verprügelt seien.

Die Gummiknüppelattacken einer Reihe von Polizeibeamten dauerten dann noch lange Zeit fortgesetzt. In der Leipziger Straße dauerten noch in der zehnten und elften Stunde abends Arbeiter und Passanten, die nach der Meinung der Ordnungshüter nicht schnell genug gingen, wie Hunde verprügelt.

Am Dienstag, dem 3. März, findet eine große

Protestkundgebung gegen den Polizeiterror in Halle

statt. Lokal wird noch bekanntgegeben!

Jämmerliche Pleite der Nazis

Politische Abrechnung mit den Saalkreisprovokateuren

Die Nazi-Versammlung im Stadtschützenhaus war nicht sehr mäßig stark besucht. Eine polizeiliche Absperrung des Saales machte sich nicht notwendig. Trotzdem die Nazis den Kommunisten den Zutritt zur Versammlung verweigerten, waren einige Arbeiter im Saal anwesend. Der neugebackene Nazi-Gauleiter Jordan hielt ein hundsjämmerliches Referat. Wenn der Hauptnacht Hitlers einmal zu frech wurde, wieselte die Bestie Jordan durch Zwischenrufe zurecht. Jordan propagierte den imperialistischen Bündnis zwischen England, Deutschland und Italien gegen den Sowjetunion und den „Erbfeind", Frankreich. In der Diskussion meldete sich als Vertreter der Kommunistischen Partei Genosse Berger zum Wort. Die Nazis mußten gezwungenermaßen die anwesenden Arbeiter und der machtvollen antifaschistischen Demonstration dem Kommunisten das Wort geben. Genosse Berger eine Redezeit von 20 Minuten zugestanden hatte.

Unser Genosse sprach aber weit über eine halbe Stunde und hielt mit den nationalsozialistischen Arbeiterverräter und Volksverrätern gründliche Abrechnung. Er entlarvte den Nationalsozialismus und innenpolitischen Verrat der Nazis und ihre verbrecherische Rolle im Dienste des Trustkapitals. Die Ausführungen des Kommunisten wurden oftmals von fürmischem Beifall unterbrochen. Zum Schluß appellierte Genosse Berger an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, den national- und sozialfaschistischen Söldlingen des Kapitals den Fußtritt zu geben, sich in die revolutionäre Klassenfront des Proletariats einzureihen und den Kampf für ein Sowjet-Deutschland aufzunehmen. Die Ausführungen des Kommunisten machten auf viele anwesende Nationalsozialisten einen tiefen Eindruck. Anscheinend ist ihnen die Feigheit ihrer Führer, die es nicht wagen, sich in kommunistischen Versammlungen politisch zu verantworten, zum Bewußtsein gekommen. Nach einem äußerst kläglichen Schlußwort Jordans wurde dann die Nazi-Versammlung, die für die Nazis kläglich und jämmerlich Pleite war, geschlossen.

Auch nach Schluß dieser Versammlung setzte die Polizei ihre Gummiknüppelattacken gegen die Arbeiter fort. Noch in den späten Nachtstunden wurden Arbeiter und Passanten in der Leipziger Straße, vor allem in der Nähe des Leipziger Turmes, verprügelt. Die Polizei ging dabei mit barbarischer Roheit vor, daß sogar

einzelne Arbeiter mit brutaler Gewalt gegen die Schaufenster einiger Geschäftshäuser geschleudert wurden. Auf diese Weise gingen in der Leipziger Straße einige Schaufenster in Trümmer.

Die Arbeiter waren aber trotz der ununterbrochenen Gummiknüppelattacken nicht von der Straße wegzutreiben. Noch um 1 Uhr nachts ertönten in der Leipziger Straße die Rufe: „Nieder mit den Faschisten!"

Raubüberfall in der Königstraße

Gestern gegen 18.50 Uhr sind zwei maskierte Räuber in das Büro in der Königstraße eingedrungen und haben zwei in ihm anwesende Frauen mit Schußwaffen bedroht. Einer der Räuber schlug der Ehefrau des Geschäftsinhabers mit einem Revolvergegenstand über den Kopf und riß ihr eine Goldkettenuhr ab. Hierauf ergriffen die Täter die Flucht.

Kosenträger billigst Gummi-Bie

Oberbürgermeister Rive-Bürgerblock-Müllkonnen

Die Müllkonnenvorlage des Magistrats im Haushaltausschuß abgelehnt — Rive wettert gegen den Bürgerblock

Im Mittelpunkt der am Donnerstag stattgefundenen Haushaltausschußsitzung stand die Magistratsvorlage über den Gesamtausbau der städtischen Müllabfuhr zur Beratung, die den Anschluß sämtlicher Grundstücke an die städtische Müllabfuhr fordert. Das war Wasser auf die Mühlen der organisierten Haus- und Grundbesitzer, die durch ihre zahlreichen Vertreter im Haushaltausschuß — Herr Mathy machte sogar bei Besprechung dieses Punktes extra einem Hausbesitzer, der nicht Mitglied des Ausschusses ist, seinen Platz frei — in „flammenden Protestreden" erklären ließen, daß sie auf keinem Fall dem Magistrat diesen Gefallen erweisen wollen. Zwar mußten die Sprecher der Hausbesitzer zugeben, daß die Einrichtung der städtischen Müllabfuhr viel hygienischer ist, als der gewohnte Abtransport des Mülls aus den Aschengruben. Aber man wollte nicht, weil das rechtsnäre Bürgertum gegen die „eigene Regie" ist, Kampf gegen die sogenannte „eigene Regie" ist nämlich die Parole der Herren vom Bürgerblock. Nun, wir wissen ja, daß man an diesem „Programm" nicht immer so konsequent festhält, wenn — ja wenn einer Anzahl von Stadtverordneten Vorteile entspringen können. Und die Zahl dieser ist nicht gering, die in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete „auch" ihre privaten Profitinteressen zu wahren haben (Herr Freyberg hat das ja schon des öfteren in sehr offenherziger Weise zum Ausdruck gebracht).

Beim Anschluß an die städtische Müllabfuhr steht aber noch nicht ganz fest — darüber streiten sich noch die Juristen mit dem Regierungspräsidenten —, ob die Haus- und Grundbesitzer das „Recht" haben, die Kosten für die Müllabfuhr einfach auf die Mieter abzuwälzen. Und darum die heißen Köpfe in der vorgestrigen Haushaltsitzung. Herr Baumüller, auch einer von den „armen" Hausbesitzern, jammerte sogar darüber, daß man doch in die Müllkonne keine verbrauchten Kinderwagen und Matratzen (!) stecken könnte. Alle schon deswegen müßte der alte Zustand mit den Aschengruben bestehen bleiben. Und den niedlichen kleinen Ratten, die in den meisten dieser alten Aschengruben ihre Brutstätte haben, kann man doch auch nicht so rücksichtslos und brutal das Dach überm Kopf wegnehmen, bei Proleten ist das schon etwas anderes! Herr Freyberg hatte seine ablehnende Meinung sogar mit Goethe-Zitaten in Verbindung gebracht. O, ihr armen Goethe-Verehrer: Stellt euch einmal vor: Goethe und die Müllkonnen! Herr Druckereibesitzer Könnicke machte wieder in Kaufkraft. Er lobte die „hygienischen Vorzüge", die das Müllkonnensystem für die Allgemeinheit bringt und schimpfte dann aber auf die „unangenehme" Belastung der Hausbesitzer. Für Herrn Professor Heilmann als Verfechter der Vorlage war die Situation verflucht heikel. Aber alle seine mit großem Pathos aufgebrachten Ueberzeugungskünste nutzten nicht viel — die Herren vom Bürgerblock blieben bockbeinig. Da trat er auf, nämlich Herr Oberbürgermeister Rive, um zu retten, was zu retten ist. Mit mahnender Stimme drang er auf die Bürgerlichen ein, der Magistratsvorlage doch zu nicht die Zustimmung zu versagen, sonst — ja, meine Herren, sonst bleibt eben nur noch der andere einzige Ausweg offen: eine polizeiliche Verordnung. Und welches „Unheil" dann den sowieso schon geplagten Hausbesitzern droht, das ist gar nicht auszudenken. Herr Baumüller machte die lispelnde Bemerkung: „Polizeiknüppel". Aber der „weise" Herr Rive hatte mit seiner Drohung für dieses Mal wenigstens — bis zum Montag ist für die Bürgerblöcker noch genügend Zeit zum Umfallen — schwer daneben gehauen. Herr Freyberg wagte sogar, Rive vorzuwerfen, daß er den Machthaber ist in Halle spielen wolle. Das ging dem alten Herrn nun doch über die Hutschnur und mit donnernder Stimme verwahrte er sich gegen diesen „Ton" und bedauerte aufs tiefste, statt eines Dankes für seine ernsthaften und offenherzigen Ausführungen seinen solchen „Undank" zu ernten. Freyberg sagte darauf nicht einmal Amen.

Nachdem ein Vertagungsantrag der SPD abgelehnt wurde, erfolgte die Abstimmung. Die Vorlage wurde abgelehnt, weil nur die Kommunisten und Sozialdemokraten dafür gestimmt hatten. Also, Herr Rive hat sich am Donnerstag bei seinen eigenen Freunden eine große Niederlage geholt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0008

Von der Heilsarmee zum Brandstifter

Ein „psychologisches Rätsel?" — Ein Opfer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung

Der Untugendhaft des Halleschen Schwurgerichts saß am 26. Jahre alte Tapezierer Karl Siegert. Seit dem Anfang des vorigen Jahres befindet er sich in Halle in Untersuchungshaft. S ist angeklagt wegen versuchlicher Brandstiftung in Halle und in Bitterfeld. Wie ist der Angeklagte dazu gekommen? Um diese Frage zu beantworten, muß man sein Vorleben etwas schildern. S. hat bereits 10 Jahre Gefängnis gesessen. Sein Lebensweg ist der Weg eines armen Menschen, den schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, Not und erbliche Belastung zum Verbrecher gemacht haben. Im Jahre 1906 ist S. in Leipzig geboren worden. Mit 5 Jahren verlor seine Mutter. 1914 kommt er in die Lehre als Sattler. Er wird zur selben Zeit in den Krieg geschickt und kehrt erst aus der Internierung von der Türkei zurück. Nach zweijähriger Lehrzeit wurde er wegen eines Dummenjungenstreiches seinem Lehrmeister auf die Straße gesetzt. Nun in Fürsorgeerziehung. Unerträgliche Verhältnisse und Behandlung veranlassen den völlig elternlos in der Gefahren jungen Menschen zur Flucht aus der Fürsorgeerziehung. In den letzten Kriegsjahren wird er noch auf die Schlachtbank „Vaterlandsverteidigung" geschickt. Nach der Revolution ist er ihm, irgendwo in der Landwirtschaft unterzukommen, aber hier hält er es nicht lange aus. Zwischendurch verbüßt er Gefängnisstrafen.

Er kommt er mit der Heilsarmee in Berührung, und bei Gelegenheit Heilsarmeesoldat. Die Heilsarmee, die gute, aber mit ihm schlechte Erfahrungen, denn S. brannte schon einer Zeit mit der Kasse durch. Außerdem hatte er auch noch „kriminelle Schwester" verführt. Als dieser Punkt im Gerichtssaal erörtert wurde, erhob sich im Zuhörerraum ein Murmeln. Der Angeklagte verstand es, sich an religiöse Kreise heranzumachen, denn dort bekanntlich die dümmsten Menschen. Aus den Krämer dieser religiösen Sekten hat er sich nie etwas gemacht. Angeklagte machte einen nicht uninteligenten Eindruck. So zum Beispiel im Jahre 1926 den Gefängnismissionar und dieser Anrecht kennen, der ihm nach Beendigung seiner Arbeit bei einem Tapezierermeister im Sachsenlande. Auch dieser biedere Meister gehörte einer religiösen Sekte an. Dort wurde S. wie ein Bruder behandelt. Er wurde hier eifrig, wurde ein rühriger Posaunenbläser, und hielt er sogar eigene Predigten, wobei er einmal eine Ordnung bekam. Der gute Missionar holte ihn im Juli 1930 zu sich nach Harleshausen bei Kassel. Dort verlebte er sehr

Brände verursacht wurde, beträgt 2600 Mark. Es machte ihm riesigen Spaß, wenn die Flammen emporzüngelten und das Feuer „richtig qualmte". Jedesmal, wenn er ein Feuer angelegt hatte, wartete er bis die Feuerwehr kam. Dann verdrückte er sich. Nachdem ihm in Halle der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war, pilgerte er gen Bitterfeld. Hier versuchte er als Schlossergeselle in einigen Hotels unterzukommen, um Wasserleitungen zu reparieren. Auch hier hat er in einem Hause ein Feuer angemacht. In Bergwitz stellte er sich dann der Polizei. Er erklärte dort, daß er Angst habe, noch mehr Brände anzustecken. Vor Gericht sagte er aus, daß er die Brandstiftungen in einem Zustand seelischer Erregung getan habe.

Der psychologische Sachverständige gab ein längeres Gutachten über den Angeklagten ab und erklärte, daß der Angeklagte nicht erblich belastet sei, obwohl seine Mutter sehr abenteuerlich veranlagt gewesen sei. (Sie stammte von Zigeunern.) Die Brandstiftungen habe er nicht unüberlegt ausgeführt, der Angeklagte habe genau Buch darüber geführt, wo er Brandstiftungen begangen hat. Es bestehe die Möglichkeit, daß der Angeklagte die Taten begangen habe um den Schuß des § 51 zu erlangen. Bei der Prüfung der Frage, ob der Angeklagte in geistigen Rauschzuständen gehandelt habe, wird die Oeffentlichkeit für kurze Zeit ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre Zuchthaus (!). Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Damit ist für die bürgerliche Klassenjustiz dieser Fall „erledigt". Der durch den Krieg und die Verhältnisse entwurzelte Mensch, der sicherlich auch krankhaft veranlagt ist, wird natürlich im Zuchthaus weder geheilt noch „gebessert" werden können.

Achtung, Stadtteil Westen. Heraus zur Landagitation! Morgen, Sonntag, 8 Uhr, versammeln sich alle Genossen an der Glauchaer Linde zur Teilnahme am Industrie- und Landarbeitertag.

Theater, Konzerte, Vorträge

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonnabend, 16 Uhr, Schülervorstellung bei kleinen Preisen! „Des Meeres und der Liebe Wellen"; 20 Uhr: „Hotel Stadt Lemberg"; Sonntag, den 1. März, 15.30 Uhr: Vorbereitung: „Des Meeres und der Liebe Wellen"; 19.30 Uhr: „Raunhofer"; Montag: „Zauberflöte"; Dienstag: „Treibjagd"; Mittwoch: „Die Geisha"; Donnerstag: „Der Freischütz".

Thalia-Theater. Sonnabend, 20 Uhr: „Wetten, daß . . .?" Sonntag, 20 Uhr: „Treibjagd".

Bethaltheater. Sonntag 2 Vorstellungen: 16 Uhr: Kleine Preise. — Montag letzte Aufführung: „Schwarzwaldmädel". — Dienstag Premiere: „Der Oberkellner"; Musik von Karl Zeller mit Bibi Peters und der bekannten Besetzung vom Apollotheater Wien. Inszenierung: Oberspielleiter Paul Gutzmann. Musikalische Leitung: Kapellmeister Georg Haupt. — Siehe Anzeige.

Reichsbühne. Die kleine Operette „Frühlerlein feiert" nun 250 Mal gelangt beim Punten Abend am Freitag, den 6. März, zur Aufführung. Mitwirkende: Marion Kaufmann, Ruth Schöbel, Max Stolzenfels, Walter Freidenier vom Stadttheater; ferner im ersten Teil: Tanzduette und Lieder aus bekannten und neuen Operetten. Richard Roesner und sein symphonisches Saxonchester in der Leipziger Rundfunkbesetzung spielt. Karten für Mitglieder in unserer Geschäftsstelle, für Nichtmitglieder bei Gothan. — „Roter Lampe" am 7. März für 11. „Cibelle", Oper von Verdi, am 9. März für 8 und am 19. März für G. „Hänsel und Gretel" am 11. März für A. „Schirrel: Hotel Stadt Lemberg" am 28. Februar; „Die Geisha" am 4. März; „Der Freischütz" am 5. März, Sonntag, den 8. März, 17 Uhr, Aufführung des Oratoriums „Jephtha" in der Paulskirche. Vorzugskarten.

Zoologischer Garten. Sonntag, den 1. März, 16 und 20 Uhr, Konzerte des Hallischen Symphonischen Orchesters unter Leitung von Benno Pilz. Freitag, den 6. März, 11. Symphoniekonzert. Solistin: Frida Kramer, Leipzig (Violine). Siehe Anzeigenteil.

„Bolsevert. Der Naturheilverein veranstaltet heute abend im großen Saal sein Stiftungsfest. Morgen findet ein Vereinsball vom Sportklub statt. In dem unteren gereilten Restaurationslokal konzertiert die Hauskapelle. Besucht und unterstützt den Volkssport.

Rundfunk-Programm

Sonntag, den 1. März

7 Uhr: Frühkonzert. 8 Uhr: Zur diesjährigen Frühjahrsbestellung. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 Uhr: Fröhlich nach Neuchen. 11.30 Uhr: Karl Böhle liest aus seinem Roman „Der verdorbene Musikant". 12 Uhr: Tanzgedenkfeier aus Berlin. 13 Uhr: Konzert aus Berlin. 14.30 Uhr: Der Einfluß des Wetters auf den Menschen. 15 Uhr: Kammermusik. 15.30 Uhr:

Radio auf günstige Teilzahlung beim Radiohaus Moritzzwinger 15 Inh. **Hans Achtel** Tel. 218 40

„Das Vermächtnis". 16.05 Uhr: Quette in Musik und Dichtung. 17—17.45 Uhr: Schicksal der Dinge als Spiegelbild der Menschen. 18 Uhr: Abendmusik. 19 Uhr: Robert Roff liest aus eigenen Dichtungen. 19.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 20.30 Uhr: Lieder aus Werke für Klavier. 21 Uhr: Pressebericht. 21.10 Uhr: „Stein", Hörspiel von Hans Henning von Grote. 22.20 Uhr: Presse- und Sportbericht; anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungskonzert.

Montag, den 2. März

10 Uhr: Briefen-, Presse- und Wetterbericht. 10.20 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Wechselnachrichten. 11.45 Uhr: Wetterbericht. 12 Uhr: Mittags Eite (spiel (Schallplatten). 13.55 Uhr: Kaiserin Seitzeichen (Schuß 13 Uhr). 14 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13 Uhr: Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Gewerbe-Lebensberatung. 14.15 Uhr: Frauenfunk. 15.30 Uhr: Mitteilungen des Deutschen Landwirtschaftsrates. 15.40 Uhr: Börsenbericht. 16 Uhr: Kneipbote (2). Bis 18.30 Uhr: Konzert. 18 Uhr: Stunde der Neuerscheinungen. 18.30 Uhr: Die Gesundheitung (spricht). 19 Uhr: Aus dem Leben für das Leben: Der Hotelportier. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21 Uhr: Erzählungen von Hermann Bang. 21.40 Uhr: Balladen; anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Sonntag: Weiterhin unruhiges Wetter mit heftigen Niederschlägen. Temperatur unter Null Grad. Am Hochharz Frost und neue Schneefälle.

Montag: Wenig Aenderung.

Arbeiter-Sport

Handballsparte Bezirk Halle

Alle Vereine, welche an der Ausscheidung der Spartakiadespiele teilnehmen wollen, müssen dies unbedingt am Montag, 2. Februar, in der Geschäftsstunde melden.

Wer nicht meldet, kann nicht berücksichtigt werden. Gespielt wird nach Pokalsystem. Spartenleitung. Richter.

TV Die Naturfreunde. Heute Sonnabend, den 28. Februar, Heiterer Abend im Helm. — Dienstag, den 3. März, Mitgliedabend im „Volkssport".

FSV. Turnersparte. Sonntag, den 1. März, pünktlich 8 Uhr, Vorturnerstunde im Wormlitz. Erscheinen aller Mitspielerinnen zum Verbandsball erforderlich. Der Turnwart.

Sportvereinigung Achtes 1896. Montag, den 2. März, beim Genossen Hammer, Karlstr. 29, Jugendversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen. Jugendleitung.

Spiel am 1. März FSV Halle 2—Neuendorf 2 fällt aus.

MASCH

Marxistische Arbeiterschule Halle
Das Bildungsinstitut der Werktätigen
Technischer Leiter: Fritz Kiegel, Halle, Turne weg Str. 18 p.

Anmeldung zu den Kursen in den Vortragsabenden. Kursen an der Abendkasse.

Montag, den 2. März:
Kursus U: Oekonomische Grundprobleme des Marxismus. 2. Abend (Artur Schlesig).

Dienstag, den 3. März:
Kursus J: Die Wahrheit über die Sowjetunion. 4. Abend (Erich Wolmke).
Kursus M: Die Presse (2. Abend), Massenprodukte der bürgerlichen Meinungsfabrikation (Paul Brand).

Mittwoch, den 4. März:
Kursus S: Zeichnen im Dienste der Propaganda. 1. Abend.

Donnerstag, den 5. März:
Kursus E: Die Religion als Feind des menschlichen Fortschritts. 2. Abend.

Die Organisationen rufen!

Rote Hilfe

Halle-Süd. Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Lokal „Reek-Hof". Referent Genosse Michael, Halle.

Eisleben. Sonntag, den 1. März, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal „Schenkenhof".

Sangerhausen. Montag, den 2. März, 20 Uhr, im „Weidengarten".

Artern. Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, Versammlung im „Goethehaus".

Weißenfels. Mittwoch, den 4. März, 20 Uhr, Versammlung im „Kinoll".

Teuchern. Mittwoch, den 4. März, 20 Uhr, Lichtbildervortrag im Gasthaus „Grüner Baum". Referent Genosse Seifert, Hannover.

Freiburg a. d. U. Mittwoch, den 4. März, 20 Uhr, Versammlung im „Schützenhaus".

Zeitz. Donnerstag, den 5. März, 20 Uhr, Versammlung im Restaurant „Kaiserslöhne".

Nordhausen. Donnerstag, den 5. März, 20 Uhr, Versammlung.

Bad Salzdorf. Freitag, den 6. März, 20 Uhr, Versammlung im Gasthof „Schmiede", Sonnenberg.

Quedlinburg. Freitag, den 6. März, 20 Uhr, Versammlung bei Heinemann.

Thesen. Freitag, den 6. März, 20 Uhr, Versammlung im Gasthaus „Blauer Stern".

Internationale Arbeiter-Hilfe

Halle-Süden. Am Montag, dem 2. März, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Mitgliederversammlung und Lichtbildervortrag. Referent Genosse Dornberger.

Eisleben. Sonnabend, den 28. Februar, 20 Uhr (Lokal siehe Plakate). Massenkundgebung gegen die Gnadenlisten des Papstes und gegen Faschismus. Es spricht die Genossin Trude Hölz.

Merseburg. Sonnabend, den 28. Februar, 20 Uhr, im „Stadt Leipzig" Generalversammlung. Referent Genosse Dornberger.

Nordhausen. Sonntag, den 1. März, 16 Uhr (Lokal siehe Plakate). Massenkundgebung gegen die Gnadenlisten des Papstes und gegen Faschismus. Es spricht die Genossin Trude Hölz.

Weißenfels. Montag, den 2. März, 20 Uhr, im Stadttheater Massenkundgebung gegen die Gnadenlisten des Papstes und gegen Faschismus. Es spricht die Genossin Trude Hölz.

Halle-Zentrum. Montag, den 2. März, 20 Uhr, bei Goertz, Marienstraße, Ecke Röserstraße, öffentlicher Lichtbilder-Abend: „Die Frau im Zuchthaus" in Hungerdeutschland — die Frau in der Sowjetunion. Reichsfrauenleitung der IAH." Referent: Genossin Zöllner.

Zeitz. Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Massenkundgebung gegen die Gnadenlisten des Papstes und gegen den Faschismus. Es spricht die Genossin Trude Hölz.

Nordhausen. Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, bei Schütt, Lichtbildervortrag: „Kampf gegen Faschismus", öffentliche Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Dornberger.

IB der Opfer des Krieges und der Arbeit

Beesenlaublingen. Sonntag, den 1. März, 13 Uhr, öffentliche Versammlung.

Sicherswitz. Sonntag, den 1. März, 19 Uhr, bei Römicke öffentliche Versammlung.

Kleinkugel. Sonntag, den 1. März, 15 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung.

Eisleben. Sonntag, den 1. März, 9 Uhr, Kreiskonferenz im „Hohenzollern".

Roßla. Sonntag, den 8. März, 14 Uhr, findet in der „Gemeindeschänke" unsere Mitgliederversammlung statt. Alles hat restlos zu erscheinen.

Nummendorf. Donnerstag, den 5. März, 15 Uhr, in der „Eichenterhalle"

Ein wirklich schönes Leben

muß auch Genüsse bringen. Jeden Tag sogar.

Wer Zigaretten raucht, der „lebt". Wer aber die einzigartigen Bulgaria raucht, der „genießt"!

Ihre so vollkommenen bulgarischen Edel-Tabake sind nicht zu übertrumpfen.

BULGARIA-STERN

die richtige Volkszigarette

PACKUNG 40 ₰ GROSSPACKUNG MK 1.20

BULGARIA STERN

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0009

Der Kampfbund im Vormarsch!

Vor einigen Tagen fanden in Nietleben und Dölau zwei öffentliche Versammlungen des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, die sich beide als wuchtige Kundgebungen gegen den Faschismus und die Hungerdiktatur gestalteten. Während in Dölau der Landtagsabgeordnete Kamerad Mölders den Anwesenden die Gefahr des National- und Sozialfaschismus und den einzigen Weg der Befreiung der Arbeiterklasse durch die Vernichtung des kapitalistischen Systems aufzeigte und allen Erschienenen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im Kampfbund gegen den Faschismus klar machte, bewiesen die Werktätigen von Dölau, daß ihre Sympathien auf seiten der revolutionären Arbeiterschaft liegen. Ebenfalls in Nietleben war ein großer Teil werktätiger Männer, Frauen und Jugendliche erschienen, um den Abwehrkampf gegen den von Tag zu Tag frecher werdenden faschistischen Mordgesindel zu besprechen. Der Kamerad Dietrich, Halle, zeigte allen Anwesenden an Hand einer Reihe von Beispielen die Rolle des Faschismus als Stoß- und Terrortruppe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, auf. Obwohl die sozialdemokratischen Funktionäre von Nietleben zu dieser Versammlung erschienen waren wagte keiner von ihnen die Ausführungen des Kameraden D. zu widerlegen. Der Ortsgruppe Dölau des Kampfbundes traten am selben Abend neun neue Kämpfer bei, obwohl bereits einen Tag vor der Versammlung erst zehn neue Kameraden aufgenommen wurden. Ebenfalls die Versammlung in Nietleben wurde mit Erfolg durchgeführt, da auch dort verschiedene Arbeiter dem Kampfbund beitraten. Die Versammlungen haben bewiesen, daß der Kampfbund gegen den Faschismus immer stärker in den Massen des werktätigen Volkes verankert wird. An alle Männer, Frauen und Jugendliche geht deshalb der Ruf: Reiht euch ein in die Kampf- und Schutzformation des Proletariats in den Kampfbund gegen den Faschismus! Vorwärts, sturmbereit!

Döllnitzer Gemeindevertretung lehnt Diktatursteuern ab

Der sozialfaschistische Gemeindevorsteher stimmte für die Einführung der Negersteuern

Der Döllnitzer Gemeindeetat weist ein Defizit von 1600 Mark auf. Die Sozialfaschisten zerbrechen sich den Kopf darüber, wie man wohl am besten aus der Finanzklemme herauskommen könne. Deshalb stand in der letzten Gemeindevertretersitzung der Punkt „Beschlußfassung über die Aufnahme eines Zwischenkredits" auf der Tagesordnung. Der kommissarische Gemeindevorsteher erblickte den sogenannten „Silberstreifen am Horizont" in Gestalt der Negersteuer, die nach seiner Meinung [illegible] führt werden müsse, um die Finanzsplette aufzubessern. [illegible] willigung eines Kredits hängt nämlich von der Einführung der Negersteuer ab. Die Kommunisten durchschauten [illegible] sofort. Sie forderten die Aufnahme eines Kredits [illegible] zuweisungen an die Gemeinden. Die Aufnahme eines [illegible] aber auf Kosten der Bevölkerung lehnen die Kommunisten [illegible] Zu einem solchen Verbrechen sind eben nur die Sozialfaschisten, Futterkrippenpolitiker fähig.

Die Einführung der Negersteuer wurde somit [illegible] abgelehnt.

Ebenso die Einführung der Getränkesteuer. [illegible] demokratische Gemeindevorsteher stimmte selbstverständlich [illegible] Einführung der Negersteuer. Gegen die durch die Diktatur [illegible] geplante Erhöhung der Realsteuerzuschläge auf [illegible] Grundstücke und die Ermäßigung der Zuschläge auf [illegible] Grundstücke reichten die Kommunisten eine Protestresolution ein, die mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen [illegible] SPD-Mann Dietrich stimmte gegen die Entschließung. [illegible] Mann will die bankrotte kapitalistische Republik unter [illegible] ständen retten. Die Sozialfaschisten haben durch [illegible] wieder einmal zu erkennen gegeben, daß sie die Werktätigen [illegible] allem die kleinen Häusler, noch weiter zu belasten [illegible]

WALHALLA
Montag letzte Aufführung!
Schwarzwaldmädel
Sonntag nachm. 4 Uhr kleine Preise ab 50 Pf.
Dienstag Premiere
Die melodienreiche Operette
Der Obersteiger
Musik von Karl Zeller
Die beliebte Star Besetzung vom Apollotheater-Wien mit Mimi Veselý usw.

Stadt-Theater
Heute Sonnabend, 16 bis 18.30 Uhr Bei kleinen Preisen
Des Meeres und der Liebe Wellen
Trauerspiel von Fr. Grillparzer
20 bis 22 Uhr
Hotel Stadt Leipzig
Operette v. A. Wilbert
Sonntag, 15.30 bis 18 Uhr Sondervorstellung
Des Meeres und der Liebe Wellen
19.30 bis 22.15 Uhr
Tonnbäufer
von Rich. Wagner

Thalia-Theater
Sonnabend, 20 bis 22.30 Uhr
Weiten, daß ... !!
Komödie von Hermann Richter
Sonntag, 20 bis 22.30 Uhr
Zreifigjäg
Ein Stück von Bernhard Blume

Allgemeiner Konsumverein Halle (S.) u. Umg., e. G. m. b. H.
Am Sonntag, dem 8. März 1931 vormittags 10 Uhr
im großen Saale des „Volksparks" zu Halle
Außerordentl. Vertreter-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über die Entwicklung des AKV seit dem 1. Juli 1930.
2. Beschlußfassungen zum Vergleichsverfahren.
3. Aenderung der §§ 55 und 57 des Statuts.
Nur die gewählten Vertreter unserer Genossenschaft können nach Ausweis durch die Vertretertkarte an den Verhandlungen teilnehmen. Eine Vertretung durch Ersatzleute oder Mitglieder ist unzulässig.
Im Anschluß an die Vertreterversammlung findet eine Sitzung des Genossenschaftsrates statt mit der Tagesordnung: Stellungnahme und Beschlußfassung über Grundstücksangelegenheiten.
Der Vorstand:
Karl Ertinger. Bernard Koenen.

Schlafzimmer
birke, eiche, nußbaum
325,— M.
Marktpl. 4. 495,- 585,-
in Eiche 375,- 985,-
Auf Wunsch Teilzahlung
Lieferung auch nach auswärts frei Haus mit Auto
Eichmann & Co.
Halle (Saale)
Große Ulrichstraße 56
Große Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße

Nähmaschinen
Einige gebrauchte Nähmaschinen, auch versenkbar weit unter Verkaufspreis, auch mit Zahlungserleichterung
Deutsche Nähmaschinen-Vertriebs-A.-G. Halle (S.), Bernburg. Str. 30

Brillen
Rathenower Opt. Institut
am Kaiserplatz Hackebornstr. 1

Deutsche Eiche, Diemitz
Ball- und Garten-Lokal

Schuhwaren
zur Jugendweihe und Konfirmation
Fr. Richter, Friedersdorf

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von:
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Bekanntmachung
Zur Erledigung [illegible] am Drehkrum-Schule, Sonntag, dem 1. März [illegible] Zeit von 7—10 Uhr [illegible] Heniger abgeschlossen:
Rathausstr. 1—4, [illegible]
Marktplatz 1, 22, 23, [illegible]
Neumarkt 5—8, [illegible]
Während dieser Zeit [illegible] ten von Mietern, [illegible] anlagen zu unterlassen.
Halle, den 27. Februar [illegible]
Werke der Stadt [illegible] Altstadtpl. [illegible]

Kolonialwaren, Farben, Sämereien, Futterartikel, Darmhandlung
F. Roskod
Delitzsch

Rakete die Hallische Lachbühne!
Tel. 314 29
Heute Abschied der 5 Uschakows und Kapelle K. Schmidt
Großer Kosmos-Abend
Konfetti und Ballons gratis!
Morgen Sonntag, 15.30 u. 20 Uhr, 2 Vorstellungen. Unerreichtes Lachprogramm. Zum Schreien komisch.

Zoologischer Garten
Sonntag, den 1. März, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Konzerte
d. Hall. Symphonie-Orch. Leitung: Benno Tüllt.
Freitag, den 6. März
11. Symphonie-Konzert
Solistin: Frida Cramer, Leipzig (Viol.)

Teutschenthal
Zuverlässiger Zeitungsträger gesucht. Zu melden beim Gen. Julius Köhler, Eisdorf

Ulzerin-Tee
Das bewährteste Magenheilmittel
Adler-Apotheke, Wittenberg

Jeden Tag frisches Fleisch sowie prima Wurstwaren
Frommelt Zeitz

Auf Kredit!
Bettstellen
Metallbetten
Stahlrahmen
Auflegematratzen
Ref.-Unterbetten
Federbetten
Klingler, Halle
Leipziger Straße 11
Eing. Sandberg

Werbt Abonnenten!

29 39 29 39 29 39 29 39 29 39 29 39 29 39 29 39 29
Auch Sie
könn. sich einen
H. W. Anzug
für 29 00.39
aus ihrem Stoff leisten
H. Weigler
Halle a. d. S.
Leipz. Straße 60

Möbel auf Teilzahlung
Schöne Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer
Alle Einzelmöbel in großer Auswahl zu herabgesetzt. Preisen und spielend leichten Zahlungsbedingung. Lieferung frei Haus!
Möbelhaus N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58
I., II., III. Etage
(Im Hause der Nordseefischhalle)

Schuiranzen
von 0.95 an
Leder v. 4.65 an
Sobel
Das Haus d. volkstümlichen Preise
Steinweg 45
Gr. Ulrichstr. 57
Reilstraße 1
Zuckertüten von 15 Pf. an

Montag Dienstag Mittwoch
sind die
Schluß-Tage
unserer Sonder-Veranstaltung:
Weisse Wochen
Versäumen Sie nicht, nochmals unser Haus zu besuchen! Die Gelegenheit, weiße und Aussteuerwaren so billig zu kaufen, kommt so schnell nicht wieder!
Goldstein
Eisleben.
Fahrtvergütung für auswärtige Kunden!

Haben Sie beim Treppensteigen schon mal Geld verdient?
Um die hohen Unkosten der Ladengeschäfte zu vermeiden, wohnen wir grundsätzlich im ersten Stock. Wir verkaufen unsere Uhren und Schmuckwaren zu niedrigen Preisen. Unsere Zahlungsbedingungen werden Ihnen gefallen. Wochenraten ab 1 M. Denken Sie daran, wenn Sie Geschenke für die Konfirmation einkaufen wollen.
klein
„Grundsätzlich im 1. Stock"
Brüderstraße 5, Gr. Steinstraße 79

HANS BUCHHOLZ
HAUPTBAHNHOFS WIRTSCHAFT HALLE
BESTE KÜCHE
BESTE WEINE
BESTE BIERE

Zur Konfirmation
	36/39	40/42
Rindb. Herren-Schnürstiefel	8.25	8.75
Rindb. Herrenschnürschuh	6.50	7.50
Lackleder Herren-Schnürschuh	9.75	10.50
Lackleder Damen-Spangenschuh	6.25	
Hermann Wiebach
Schuhwaren en gros und detail
Nur Kleine Ulrichstr. 11-12

Bekanntmachung

Die für Monat Februar 1931 fälligen Beiträge zur Krankenkasse und Invalidenversicherung sind bis spätestens 5. März 1931 in Höhe von [illegible] des maßgebenden Grundlohns nachzuweisen und abzuführen.

Wir bitten nochmals wegen des Jahresabschlusses sämtliche Rückstände sofort zu begleichen. Der weitere Zahlungsverzug hat Konventionalstrafe [illegible] nahmen zur Folge.

Bei Ueberweisung der in Rechnung gestellten Beiträge für bis [illegible] halt Beschäftigten ist in jedem Falle der Beitrag zur Krankenkasse und [illegible] Invalidenversicherung getrennt anzugeben. Desgleichen ist zur Vermeidung [illegible] Differenzen die Angabe der Kontonummer unbedingt notwendig.

An-, Ab- und Ummeldungen sind binnen 3 Tagen auf dem vorgeschriebenen Formular bei der Kasse zu bewirken. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden nach § 530 RVO mit Geldstrafe bis zu [illegible] geahndet.

Die Versicherten werden nochmals darauf hingewiesen, daß der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird, dies gilt nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt (§ 216 RVO).

Halle a. d. S., den 28. Februar 1931.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse
Paul Zwanzig, Vorsitzender.

Bekanntmachung

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern [illegible] (Pfandscheine — Mai 1930 —) wird vom 10. März 1931 ab, von 9 Uhr [illegible] an, im Leihamt, unter Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbersachen, Bände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, [illegible] Kleidungsstücke, Pelze und verschiedene andere Sachen.

Gravierungen nur bis zum Sonnabend, dem 7. März 1931.

Die ersteren Ueberschüsse können in der Zeit vom 10. April 1931 bis [illegible] 1932 abgehoben werden.

Halle, den 15. Februar 1931.

Leihamt der Stadt Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0010

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Terrorwahlen von Nonnewitz sind eine Mahnung zur

Offensive gegen den Sozialfaschismus

morgigen Wahlen in Luckenau — Berufslügner Bergholz spinnt Märchen über die Er- in Nonnewitz — Werktätige, quittiert den sozialfaschistischen Terror morgen mit der

Wahl von Kommunisten in Luckenau

„Volksbote" veröffentlichte in seiner Donnerstag-Nummer mit der Ueberschrift: „Kommunistischer Vormarsch — ...", in der die SPD durch gemeine Lügen versucht, ...ndal an den Polizeiattaden am Vortage der Wahl in ...ren die Kommunistische Partei abzumalzen. Eigent- ...er sich nicht, auf diesen blöden Schwindel, den über- ... ein solch abgefeimter Lügner wie Bergholz verzapfen ...ssen.

...Arbeiter, der die Vorgänge am Sonnabend in Nonne- ...ß, weiß, daß nur die Bergholz und Co. und die Polizei ...ktiften" Krüger die volle Verantwortung für die ...ktiften tragen.

...ragen weiß jeder denkende Arbeiter, daß die Worte ...ahren" gleich dem Schwur einer Prostituierten auf ...ch zu werten sind. Wenn wir trotzdem auf diesen ...ngehen, dann lediglich, um den Zeitzer Lügenalbert von ...ern anzuprangern.

...ollen fest: Alle in den Flugblättern und den Artikeln ...Kampf" aufgestellten Behauptungen treffen im vollen ... zu. Wahr ist, daß der Feigling Bergholz an- ...nierer Genossin Reese in Bröditz entgegenzutreten. ... daß Bergholz sich, während die Genossin Reese in ... mit dem Gesindel Bergholz und Co. abrechnete, in ...drückte. Er war also zu feige, in der Versammlung ...ssin Reese zu sprechen.

...ahr ist, daß Bergholz aus Rache und um seine Feig- ...zu bedecken, seit Montag, den 16. Februar, die ...ammlungssprengung in Nonnewitz organisiert hatte. ...ahr ist weiter, daß eine große Anzahl Arbeiter-Mit- ...des „Kampfsports" es ablehnten, dieses von der SPD organisierte Verbrechen mitzumachen.

...ahr ist, daß selbst die Landjäger offen zu verstehen gaben, ...nicht allein die Schuld an der Sprengung der Versammlung ...Nicht ist, daß die von Bergholz im „Volksboten" be- ...„Polizeijägerkolonne" nur aus Reinlichkeitsgründen sich ...die Organisatoren der Sprengkolonne vergriffen hat und ...der „Volksbote" lügt, es das Verdienst des Genossen ...ist, daß die paar Kommunisten nicht verprügelt wurden. ...noch der Polizei durchgeführten blutigen Vorgängen ...es zu sagen:

...Kommunistische Partei hatte seit längerer Zeit eine ...ung für Sonnabend angekündigt. Als die anwesenden ...dieses Vorhaben durchführen wollten, wurden sie von ...Abteilung des Bergholz erschienenen Polizei daran ... Nach Beendigung des SPD-Aufmarsches fand die ...ung statt. Nachdem schon vorher bekannt war, daß ...demokratie niemanden in den Saal lassen wird, weil ...ruhige Auseinandersetzung mit der Kommunistischen ...scheuen muß, da sonst ihr Lügengebäude zusammen- ...ste, sollte die Demonstration nach Theißen geführt ...ausgeführt werden. Gerade als das Ende des Zuges ...verließ und das Versammlungslokal bereits hinter ...ration lag,

...die Polizei ohne jeden Grund über die Demonstran- ...ie. Wie wahnsinnig wurde auf die Arbeiter ein- ...en. Sobald jemand zu Boden geschlagen wurde, ...ich die Polizei noch über den Betreffenden, um ...ihn das unmenschlichste zu mißhandeln. Diese Poli- ...Gewaltakten wurden bis nach Theißen fortgesetzt.

Die Menge leistete keinerlei Widerstand. Es ist gemeinster Schwindel, wenn der „Volksbote" von „Werfen mit Pflastersteinen" spricht. Es ist gemeinster Schwindel, wenn der „Volksbote" schreibt, „die Demonstranten provozierten die Polizei".

Es gab keine Steinwürfe. Es gab keine Provokationen auf der Seite der Demonstranten. Es gab nur von der Polizei mißhandelte Arbeiter und Arbeiterfrauen.

Nicht an dem Stacheldrahtzaun zerrissen sich die Arbeiter die Sachen, nicht dadurch sind sie zu Schaden gekommen, sondern die Polizei stieß sie in den Stacheldrahtzaun, um sie so noch besser verprügeln zu können. Insgesamt wurden etwa 150 Arbeiter und Frauen geschlagen, zum Teil erheblich verletzt.

Auf den letzten Schwindel des „Volksboten", „während sich die Arbeiter am Stacheldrahtzaun die Sachen zerrissen, sahen Walter und Schmidt sich die Zusammenstöße vom Dorfe hinter der Polizeikette an", stellen wir nur fest, daß Walter vom Beginn bis Ende der Demonstration an der Spitze des Zuges marschierte und Schmidt sich in den Reihen der Theißener Arbeiter befand.

Alle Versuche der SPD, durch abgefeimten Schwindel die Blutschuld von sich abzuwälzen, sind somit mißlungen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft weiß, daß in Nonnewitz die SPD-Bonzen die moralische und materielle Verantwortung für das Niederschlagen von Arbeitern tragen und der Ausdruck „Polizeiudikwahlen in Nonnewitz" seine 100prozentige Berechtigung hat.

Einwohner von Luckenau, gebt morgen den sozialfaschistischen Verbrechern eine klare Antwort! Wählt Liste 3, die Liste der KPD!

Polizei gegen die Streikenden von Altenburg eingesetzt

Altenburg soll in diesen Tagen eine Staffel Landespolizei zugewiesen bekommen. Die Polizei soll im Gebäude der Ingenieurschule Unterkunft finden. Außerdem soll die Einrichtung einer Polizeischule in diesem Gebäude vorbereitet werden.

Die Verlegung der Polizeistaffel nach Altenburg steht im engsten Zusammenhang mit dem daselbst geführten Streik, gegen den jetzt also sogar die Polizei mobilgemacht wird.

Die Krise der Konsumvereine

Stärkt die Genossenschaftsopposition in ihrem Kampf!

Immer stärkerer Umsatzrückgang — Verschleierungsversuche der Bürokratie

Die Wirtschaftskrise, die ständig fortschreitende Verelendung der breiten werktätigen Massen und vor allem aber auch die arbeiterfeindliche Politik der reformistischen Genossenschaftsbürokratie wirken sich in dem ständig zurückgehenden Umsatz der Konsumvereine aus. Nach dem Bericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine betrug der Wochendurchschnittsumsatz pro Mitglied im Januar 1931 nur 7,28 Mark gegenüber 8,36 Mark im Januar 1930 und 8,89 Mark im Januar 1929.

Prozentual sank der konsumgenossenschaftliche Umsatz im Juli 1930 um 3 Prozent, im August um 8 Prozent, im September um 9 Prozent, im Oktober um 13 Prozent, im November um 13 Prozent, im Dezember um 13,5 Prozent und im Januar 1931 um 12,9 Prozent gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres. Der niedrigere Prozentsatz im Januar wird von der Bürokratie als ein Hoffnungsschimmer angesehen, daß jetzt der Tiefstand überwunden sei. In Wirklichkeit ist es aber nur unter Anwendung bestimmter Methoden gelungen, diese Zahl zu errechnen. Während bis Dezember nur 61 Konsumvereine mit rund 1,6 Millionen Mitgliedern bei der Aufstellung erfaßt wurden, sind jetzt 163 Vereine mit rund 2,3 Millionen Mitgliedern herangezogen, also über 100 Vereine mehr, die aber nur rund 700 000 Mitglieder umfassen. Wäre die Errechnung im alten Umfange erfolgt, dann hätte die Bürokratie einsehen müssen,

daß im Januar 1931 ein Umsatzrückgang von 20 und mehr Prozent eingetreten ist.

Dieser Umsatzrückgang wirkt sich in allen Konsumvereinen in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aus, die noch verschärft wird durch die immer neuen Stichern um. Die Genossenschaftsbürokratie weiß keinen anderen Ausweg als Entlassungen, schärfere Rationalisierung der Betriebe und vor allem Lohn- und Gehaltsabbau. So hat u. a. der Konsumverein Breslau die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten rückwirkend ab 1. Januar um 15 Prozent gekürzt. Aehnliche Berichte liegen aus dem ganzen Reiche vor. Diese Lohnraubmaßnahmen werden in einem Umfange durchgeführt, daß sich selbst die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie gezwungen sieht, dagegen Protest zu erheben.

Gemeinsam aber kämpft jene Gesellschaft für die Vernichtung der unter oppositioneller Führung stehenden Konsumvereine, wie es Halle und Merseburg zeigen. Mit dem von den Sozialfaschisten und Renegaten organisierten Kauferstreik, mit Abhebungen der Spargelder, mit Austritten, mit finanziellem Druck sollte der Zusammenbruch herbeigeführt werden. Wenn dieses Ziel bisher nicht erreicht wurde, so nur deshalb, weil die Mitglieder durch die politische Massenmobilisierung die Bedeutung roter, unter klassenbewußter Führung stehender Konsumvereine für den Kampf der Arbeiterklasse erkannt haben. Der Umsatzrückgang in den Konsumvereinen bestätigt, daß der Krämerstandpunkt in der Genossenschaftsbürokratie elend Schiffbruch erlitten hat.

Deshalb verstärkte revolutionäre Arbeit in allen Konsumvereinen, um die Massen der Mitglieder für den Kampf der Genossenschaftsopposition und damit für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Sächsischer Naziabgeordneter — Fahrkartenfälscher

Als sich kürzlich der Nazi-Abgeordnete Schreiber im Sächsischen Landtag über dunkle Vorgänge in der Gemeindeverwaltung von Waldkirchen aufpumpte, wurde ihm entgegengehalten, daß er ja selbst wegen Fälschung von Fahrkarten aus dem Reichsbahnbetrieb entlassen worden sei. Bei dieser Feststellung erbleichte Schreiber zusehends. Von den Kommunisten wurde dabei mit allen Mitteln auf Klärung von Korruptionsangelegenheiten gedrängt, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Korruptions-Nazis am allerwenigsten Grund hätten, das Maul aufzureißen.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

...ansicht by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

...fortsetzung.

...ch — —!" machte sie erstaunt. Seine Augen waren, ... seine Lippen bewegten sich kraftlos, es blieb nur eine ... aber in der Wärme seiner Hand fühlte sie, was er ...

...ne Angst, schlaf ruhig, ich bleibe immer bei dir." ...ette ihr Gesicht dicht neben seines gelegt und konnte ...ausdrücken, was sie fühlte; sie wurde rot dabei.

...dämmerte sah sie auf die geschlossenen Augen des Mannes, ...ihre leise seine Stirn.

II. Streikbrecher

...mische Nächte wechselten mit eiskalten, regnerischen ... des Jahresende rückte näher.

...kam zurück"

...mit trüben Augen, aus denen alles Leben geflohen ... aufgedunsene Gesicht und die geschwollenen Glieder ... gegen früher so verändert, daß ihr Vater, der aus ... herauskroch, zu weinen begann, als sie, von Takae ... über die Schwelle des Hauses trat.

...Bettmatten wurden nebeneinandergelegt. Okano ... mehr aufrecht sitzen. Ihre Lippen waren schwarz ...unaufhörlich wie von Frost. Sie war im Gefängnis ...gewesen — Beri-Beri".

...waren ihre Sinne immer noch wach. Ihr bleiches Gesicht hob sich von der Bettdecke ab, während sie alle Dinge berichtete, die Takae zum Weinen brachten.

„Ich werde sterben und mein Kind wird auch nicht am Leben bleiben."

Sie lächelte traurig und mein unter ihrer Frisur, die Takae eben in Ordnung gebracht hatte.

„Ach, er ist auch so geworden, sie haben ihn genau so zugerichtet, noch schlimmer — und wenn ich selbst wieder gesund würde — ihn werde ich nie wiedersehen."

Sie ahnte, daß sie ihren Freund nicht mehr sehen würde. Das Bild Miatjis, den sie seit der Begegnung im Gang der Polizeiwache nicht mehr gesehen hatte, war in ihr eingebrannt.

Das Essen widerte sie an; die Reissuppe, die die Schwester ihr fast gewaltsam aufdrängte, hatte sie gleich wieder erbrochen.

Der Senkawa-Kanal war ganz mit Eis bedeckt.

Takae konnte nicht mehr ins Streiflokal gehen, sie mußte ihre beiden Kranken pflegen. Durch Genossinnen der Frauenabteilung, die sie zuweilen besuchten, hörte sie, daß die Stimmung der Gruppe ganz gesunken und gebrochen war.

Niedergedrückt saß sie an Okanos Kissen. Dunkel und schwer lastete die Nachricht auf ihren Gedanken, daß die Fabrik die Aussperrung aufgehoben und mit großen Kosten und vieler Mühe etwa dreihundert Streikbrecher gesammelt und mit ihnen die Produktion wieder in Gang gebracht habe.

„Wir suchen Schriftsetzer, Buchdrucker und Anleger", hatte eine einfache, aber sehr große Anzeige in den Zeitungen sich der Sturmflut der Erwerbslosen entgegengeworfen. Es war ein harter Schlag gegen die Streikenden, die so plötzlich die Kälte des Jahresendes doppelt spürten.

Die Gesellschaft hatte nach der Generalaktionärversammlung alle Posten von Direktoren und Angestellten neu besetzt und begann ihre Magazine wieder aufzubauen. Groß aufgemachte Begrüßungsartikel in allen Zeitungen setzten die Kunden von der Wiederaufnahme der Arbeit in Kenntnis. Gleichzeitig ließ die Entlassung von 2700 Streikenden den unbeugsamen Willen Okawas erkennen. Die Einigungsvorschläge der Bürger des Koishikawabezirks wie der Vermittlungsversuch des Chefs des Koishikawa-Polizeiamts wurden rundweg abgelehnt. Auch ein buddhistischer Oberpriester hatte aus demselben Grunde Okawa aufgesucht. Der äußerst würdige Priester hielt diesem hartes reichen Mann eine Predigt, warnte ihn, auf seine Erfolge und seinen Reichtum stolz zu sein und wollte die Massen retten. Der Priester glaubte, diesen Auftrag vom Himmel selbst erhalten zu haben.

Es gab alte Vorbilder, die ihn in seiner Handlungsweise bestärkten. Aber der Weltmann hatte ihn gar keiner Antwort gewürdigt. Nachdem er etwa zehn Minuten lang geredet und sich dann von seinem Sessel erhoben hatte, sagte Okawa nur:

„Ich danke vielmals für Ihre Bemühung."

Die niedergedrückte Stimmung entstand nicht nur aus all diesen Gründen. Die vielen Opfer hatten große Lücken in die Gruppen der Kämpfer gerissen, und in die leeren Stellen schlichen sich jetzt die Spitzel der Gesellschaft. Im kalten Wind des Jahresendes flatterten traurig die Jahrmarktsfahnen.

Hagimura stand früh auf, steckte seine Füße in die Strohsandalen und verließ zum ersten Male sein Haus. Nur weil bei dem Schlag, den er bekam, der Knochen nicht verletzt war, konnte die stark schmerzende Wunde verhältnismäßig schnell verheilen.

Er wollte sich nach der Lage des Streikbüros erkundigen, und dann Takae danken und Okano besuchen.

Jedesmal, wenn er an einen kleinen Stein stieß, fühlte er schmerzhaft seine Kopfwunde.

„Donnerwetter, du läufst ja schon, findet dir das nicht?" schrie Takae laut und erstaunt, als er in der Tür erschien.

„Ach, es geht schon wieder, ist gar nicht so schlimm." Er begrüßte den alten Vater, dankte Takae und sah der Okano, die auf den Matten lag, in das bleiche Gesicht.

„Ich habe gehört, du hast Miatji getroffen."

„Ja", nickte Okano, dann sagte sie weiter: „Furchtbar — — sein Gesicht — —"

Den Schluß verschluckte sie in der Kehle. Seit sie wieder zu Hause war lag sie apathisch auf ihren Kissen.

„Ach was, in einem Jahr ist er wieder gesund zurück, es war doch nur der Versuch zu einem Attentat." Takae wollte die Schwester aufheitern. Aber Hagimura schwieg.

„Hat die Gesellschaft die Fabrik wieder aufgemacht?"

Takae nickte und fragte dann: „Hat man dir auch deine Entlassung mitgeteilt?" Sie nahm vom leeren Bücherschrank zwei Postkarten und zeigte sie ihm. Der kranke Vater seufzte tief auf.

„Haha . . . entlassen auf Grund der Fabrikordnung . . . na . . . nein, ich habe nichts bekommen."

Er besah die andere Seite der Karte und sagte:

„Die Hunde, sie denken, daß sie mich nicht erst besonders benachrichtigen brauchen." Er lachte laut, aber dabei schnitt wieder ein heftiger Schmerz durch seinen Kopf.

(Fortsetzung folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0011

Merseburg-Leuna-Querfurt

Landarbeiter rüsten zum Streik

Sie wählen einen vorbereitenden Kampfausschuß

A.-K. Lützen. In einer gut besuchten Landarbeiterversammlung in Lützen sprach der Genosse Poprawa aus Goddula. Er wies darauf hin, daß den Landarbeitern ein 15prozentiger Lohnraub diktiert werden soll. Jetzt heißt es sich zu wehren gegen eine noch weitere Verschlechterung der elenden Lage des Landproletariats. Der DGB denkt nicht daran, die Landarbeiter zum Kampfe um ihre berechtigten Forderungen zu führen, sondern verrätselt die Landarbeiter nach altbekannter Weise auf später. In einer Resolution forderten die Landarbeiter von Lützen die Abschaffung des Deputatlohnes, Abschaffung der Werkswohnungen, Bereitstellung von Wohnungen durch die Gemeinden und Kreise, Beseitigung des Hofgängerwesens, Abschaffung der Landarbeitsordnung, Gleichstellung der Landarbeiter in sozialer und rechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern. Einstimmig wurde diese Resolution angenommen.

Die Landarbeiter wählten sich einen vorbereitenden Kampfausschuß zur Organisierung des Landarbeiterstreiks.

5 Mitglieder für die RGO, ein Mitglied für die Kommunistische Partei wurden in dieser Versammlung gewonnen.

Landarbeiter, Landarbeiterinnen! Die Zeit der Frühjahrsbestellung rückt immer näher. Rüstet mit allen Kräften zum Landarbeiterstreik!

Merseburg. Achtung, Rundfunkhörer! Die Rundfunkhörer können alle Tage feststellen, daß das Programm der deutschen Rundfunksender immer reaktionärer wird. Presse, Kino, Theater, Kirche, alles das sind die Mittel, mit denen die Arbeiterschaft eingelullt und gefangen genommen werden soll. Wertvolle Sendungen für die Proleten kommen nur aus Moskau. Die Apparate, um den russischen Sender zu empfangen, können sich die Arbeiter nicht leisten. Die Arbeiterschaft muß geschlossen den Kampf aufnehmen, um auch in Deutschland eine Besserung der Ausgestaltung des Sendeprogramms zu erreichen. In allen größeren Städten haben sich die proletarischen Rundfunkhörer zusammengeschlossen. Auch in Merseburg ist das notwendig. Die Gründungsversammlung findet am 8. März im Lokal „Kyffhäuser" statt. Alle Rundfunkhörer sind eingeladen. Interessenten wollen sich an Genossen Wiesemann, Breite Straße 5, wenden.

Dürrenberg. Gute Versammlung der Roten Hilfe. Die Versammlung der Roten Hilfe am 19. Februar war sehr gut besucht. Genosse Seifert aus Hannover sprach und zeigte an vielen Beispielen auf, wie die Klassenjustiz Arbeiter lange Monate unschuldig einsperrt, während sie die faschistischen Mordhelden auf freiem Fuß beläßt. Er wies auf das Beispiel hin, daß Genosse Hering aus Dürrenberg, der an diesem Abend von den Arbeitern vom Bahnhof abgeholt wurde, auch sechs Monate unschuldig in Untersuchungshaft sitzen mußte. Nach einer regen Diskussion rechnete der Referent besonders mit den Brandlerianern ab, die auch in Dürrenberg versuchen, einen eigenen Laden aufzuziehen. Mit Entrüstung wenden sich die Arbeiter von diesen Spaltern ab. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde aufs schärfste gegen die Nichtamnestierung der Genossen Karl Peters und Karl Nachtigall protestiert und der schärfste Kampf für die Befreiung der 1600 proletarischen politischen Gefangenen gelobt.

Mansfeld-Sangerhausen

Die Nazis müssen türmen

Die Einheitsfront der SPD- und KPD-Arbeiter schlägt sie in die Flucht.

A.-K. Teutschenthal. Am 25. Februar hatten die Nazis eine öffentliche Versammlung in Teutschenthal einberufen, in der sie — nach einem Ausspruch ihres Vorsitzenden — die Kommunisten zusammenhauen wollten. Aus der ganzen Umgebung waren mit Kattwagen die SA-Leute zusammengeholt worden. Bezeichnenderweise befanden sich darunter auch Sanitätsmannschaften! Der Saal wurde polizeilich abgesperrt und viele Proleten, die mit den Nazis in proletarischer Weise diskutieren wollten, konnten nicht in den Saal. Der Phraseur Alvensleben sprach und er griff zuerst besonders den SPD-Mann Böttge wegen seiner Finanzpolitik in der Gemeinde an. Dann ging es an die Kommunistenhetze.

Ein Jugendgenosse sprach in der Diskussion und zeigte die schändliche Politik sowohl der National- wie der Sozialfaschisten auf. Die Nazis heulten vor Wut. Die SPD-Bonzen, die zu der Versammlung eingeladen waren, waren nicht erschienen, weil sie nicht den nötigen Mut aufbringen. Die SPD-Arbeiter dagegen zeigten, daß sie mit den Ausführungen des Jugendgenossen einverstanden waren. Böttge hatte zu gleicher Zeit eine Versammlung im „Würdenhof" einberufen. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wollte er den Kampf gegen den Faschismus führen. Nach der Nazioversammlung wollten die Nazis Teutschenthal „erobern". Die Arbeiter waren aber auf dem Plan und nur ein starkes Landjägeraufgebot von etwa 20 Mann konnte die Provokateure vor einer Eroberung Teutschenthals schützen. Es ist zu verzeichnen, daß die SPD- und KPD-Arbeiter zusammen gegen den faschistischen Mauthelden und Provokateur vorgingen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben bei dieser Gelegenheit einen guten Anschauungsunterricht bekommen, wie liebevoll die republikanische Polizei mit den Nazis umgeht und wie rücksichtslos dagegen auf die Proleten eingeschlagen wird.

Diese Polizei, ihr SPD-Arbeiter, wird geschickt von euren Genossen! Denkt daran!

Ihr habt mit uns zusammen die Nazis heimgeschickt! Eure SPD-Führer waren nicht da! Geht einen Schritt weiter! Löst euch ganz los von euren Bonzen! Führt den Kampf gegen den Faschismus im Kampfbund gegen den Faschismus!

SPD-Generalaufmarsch wurde zur Generalpleite

A.-K. Eisleben. Am Generalaufmarsch des Reichsbanners am 22. Februar beteiligten sich ganze 563 SPD- und Reichsbannerleute. Aus dem ganzen Mansfelder Land waren die Truppen zusammengezogen worden. Der mit großem Tamtam angekündigte Aufmarsch war also eine Riesenpleite. Die Proleten, die den Pleiteaufmarsch noch diesmal mitgemacht haben, werden sich davon überzeugen, daß von einem Kampf des Reichsbanners und der SPD gegen den Faschismus, zu dem sie ja eigentlich aufgerufen waren, keine Rede sein kann.

Proleten, schafft die Einheitsfront gegen den Faschismus in den Betrieben und auf den Gütern! Bildet Betriebs- und Gutswehren gegen den Faschismus! Kämpft unter der revolutionären Führung der KPD!

Bleicherode. Der Herr SPD-Stadtrat leidet am Verfolgungswahn. SPD-Stadtrat Hummel hat mächtige Angst vor Kommunisten, obwohl die ihm gar nichts tun. So telephonierte er in der Nacht zum 20. Februar die Polizei an und erklärte, er hätte scharfe Schüsse gehört, und das wären sicher die Kommunisten. Als aber nachgesucht wurde, was den armen SPD-Stadtrat aus dem Schlafe gestört hatte, wurde festgestellt, daß nur ein Auto durch Auspuffgeräusche den Krach verursacht hatte. Das böse Gewissen läßt den SPD-Bonzen keine Ruhe. Jede harmlose Sache jagt dem Helden Angst ein.

Nordhausen

Nordhausener Naziversammlung eine Pleite

Die Arbeiter beherrschen die Versammlung

A.-K. Nordhausen. Am 17. 2. hielt die Nazipartei eine Versammlung ab. Die Mittelständler waren in der Versammlung erschienen. Sie haben zum Teil immer noch Illusionen, daß die Nazis ihre großartigen Versprechungen wahr machen werden. Die kommunistischen Genossen und sympathisierenden Arbeiter waren auch zu dieser Versammlung gegangen, um den Nazis entgegenzutreten. Ein Major Quelle sprach. Er verzapfte großen Kohl, sprach vom zukünftigen Dritten Reich, das der Himmel auf Erden sein würde! (Es fragt sich nur, für wen!?)

In der Diskussion sprach unser Genosse Wehler. Nach einer Viertelstunde wurde ihm aber das Wort abgeschnitten. Im Schlußwort gebrauchte der Nazileiter beleidigende Ausdrücke gegen den Diskussionsredner, und es hagelte darüber vor empörten Zurufen der Arbeiter! Quelle wollte sich von den Zurufen etwas retten, und stimmte das Deutschland-Lied an. Von den Rot-Front-Rufen der Arbeiter wurde es aber übertönt. Unter den Gesang der Internationale verließen die Arbeiter den Saal und demonstrierten durch die Straßen von Nordhausen.

Auch in Nordhausen erwacht die Arbeiterschaft und reiht sich in die kämpfende Einheitsfront des Proletariats ein.

Der reaktionäre Magistrat von Heringen schröpft die Mieter

A.-K. Heringen. Eine ungeheure Empörung herrscht in den Kreisen der Mieter von städtischen Wohnungen. Der Magistrat hat es fertig gebracht, Mieterhöhungen bis zu 50 Prozent durchzuführen. Ein Beispiel nur: Eine Altwohnung, die vor 1914 12 Mark Miete kostete, kostet heute 20 Mark Miete. Wo bleibt da die gesetzliche Bestimmung, daß die Miete höchstens 120 Prozent der Friedensmiete betragen darf? Zum allergrößten Teil sind Erwerbslose von diesen Maßnahmen des Magistrats betroffen. Immer mehr wird die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt. Werktätige Mieter, schließt euch zusammen! Kämpft gegen eure Ausbeuterung!

Nordhausen. Gute Rote-Hilfe-Organisation in Nordhausen. Die Rote-Hilfe-Versammlung war sehr gut besucht. Genosse Schild zeigte in seinem Referat die Notwendigkeit der Organisation auf. Drei neue Mitglieder wurden in der Versammlung geworben. Ein Zeichen, daß der Ruf des Genossen Schild: „Schafft Rote Hilfe!" nicht ungehört verhallt war. Die Rote Hilfe in Nordhausen zählt 180 Mitglieder. Für unser Städtchen kann man diese Mitgliederzahl als eine gute bezeichnen. Wir werden aber trotzdem nicht müde werden, immer mehr Mitglieder für die Rote Hilfe zu werben und uns mit allen Kräften für die Befreiung der politischen Gefangenen und für die Unterstützung ihrer Familien einzusetzen.

Nordhausen. Der freie Radiobund veranstaltet Moskauempfangsabende und ladet dazu die Arbeiter und Arbeiterfrauen ein. Alle Werktätigen müssen Interesse daran haben, was in der USSR vorgeht und müssen sich überzeugen, wie im Arbeitervaterland Radio als Mittel zur Volksaufklärung benutzt wird, während im kapitalistischen Deutschland Radio zumeist nur der Volksverdummung dient. Am Mittwoch, dem 4. März, werden wir wieder einen solchen Abend veranstalten. Kommt alle!

Weißenfels-Zeitz

Nazi-Führer verhindern Diskussion

Sie fürchten die Aufklärung ihrer Rackkeln.

A.-K. Naumburg. Im Anschluß an die [illegal] stration am 25. Februar gingen viele KPD- und [illegal] in die Naziversammlung. Der Referent stellte die [illegal] ihrer hin, die für ihre Ueberzeugung gerne leiden. [illegal] denn die NSDAP-Bonzen?) Dann, daß die Nazipartei [illegal] Fall der Mansfeld-AG. zeigt, die Kapitalisten [illegal] Nazireferent kein Wort.

Ein Genosse der Kommunistischen Partei meldete sich [illegal] tussion und er bekam auch das Wort. Vorher wurde [illegal] Frage vorgelegt, wie er zu der Parole: „Schlag die [illegal] ihr sie trefft" steht. Unser Genosse gab die Antwort: [illegal] partei schon durch die Wucht der Tatsachen ihres [illegal] geschlagen werde und daß es die Sache der Kommunisten [illegal] arbeiterfeindliche Haltung der Nazi-Führer immer [illegal] decken. Gleichzeitig betonte aber unser Genosse auch, daß [illegal] tigen Ueberfälle von Nazibanditen auf die Arbeiterschaft [illegal] härter Proletenfaust zurückgeschlagen werden. Darauf [illegal] man dem Genossen das Wort. Geschlossen verließen die [illegal] rufen auf die Nazipartei KPD- und SPD-Arbeiter [illegal] lung.

Kirchenschwester verhöhnt kranken Proleten

A.-K. Nasberg. Die kirchlichen Verbände [illegal] bekanntlich sogenannte Fürsorgeschwestern, die Hilfsbedürftigen Kranke pflegen sollen. Was diese Menschen sich manchmal [illegal] nehmen, davon nur ein Beispiel. Ein Arbeiter wurde [illegal] krampf auf der Straße befallen und mußte sich erbrechen. [illegal] die christliche Schwester, und anstatt daß sie dem Kranken [illegal] höhnte sie ihn und sagte: „Sie haben wohl wieder mal [illegal] trunken?"

Diese Schwester, die immer das Wort „Nächstenliebe" [illegal] führt, weiß ganz genau, daß der Arbeiter krank ist. Es [illegal] ein Proleter, von dem nichts zu erwarten war und der [illegal] Kirchensteuern zahlt, und da meint die fromme Christin [illegal] kann sich so etwas erlauben.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Geht den verlogenen [illegal] die wohl immer von Nächstenliebe erzählen, aber in [illegal] ganz anders sind, die einzig richtige Antwort: Tretet aus [illegal] aus! Bezahlt nicht noch durch eure Steuergroschen die, die [illegal] höhnen!

Wohnungspolitik des SPD-Amtsvorstehers

A.-K. Rößfuß. Die Wohnungspolitik des Genossen [illegal] Krug muß vor der Arbeiteröffentlichkeit angeprangert [illegal] Dieser Tage wurde eine Wohnung im Ortsteil Rößfuß [illegal] Arbeiter mit einer dreiköpfigen Familie wollte in diese [illegal] die zwei Räume umfaßt, einziehen. Der Amtsvorsteher [illegal] suchte mit Anbietung aller seiner Ueberredungskunst den [illegal] zu überzeugen, daß für ihn und seine Familie auch ein Raum [illegal] wäre und daß der Arbeiter ruhig den anderen Raum [illegal] Hausmeister überlassen könne. Der Arbeiter wies das natürlich [illegal] und durch gerichtliche Entscheidung wurden ihm auch [illegal] zugesprochen.

Das ist also Wohnungspolitik von sozialfaschistischen [illegal] stehern. Für ihre Bande und für sich selbst beanspruchen [illegal] recht geräumige und luxuriöse Wohnungen. Aber eine [illegal] familie soll in einem Raume essen, wohnen und schlafen. [illegal] nehmt gegen diese sozialfaschistische Politik Stellung!

Naumburg. Besucht den Strzelewicz-Abend! [illegal] weisen die Arbeiterschaft von Naumburg nochmals auf den [illegal] wicz-Abend am 2. März hin. Die Veranstaltung findet im [illegal] keller statt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Naumburg [illegal] zu dieser Veranstaltung erscheinen. Unterstützt das Sympathie- [illegal] Rote Hilfe!

Krauschütz. Ein wackerer Genosse gestorben. [illegal] 25. Februar starb Genosse Gustav Richter. Genosse [illegal] immer treu zur Sache des Proletariats gestanden. Er war [illegal] den Verband proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Gö[illegal] nach dem Krematorium Dresden überführt. Voraussichtlich [illegal] Sonntag, dem 8. März, erfolgt in Krauschütz die Urnenbeisetzung. Wir machen die Mitglieder der proletarischen Freidenker-Organisation und der Kommunistischen Partei darauf aufmerksam, [illegal] Tage unserem Genossen die letzte Ehre zu erweisen.

Weißenfels. Traute Hoelz spricht! Am 2. März [illegal] anstaltet die IAH eine große Kundgebung, in der [illegal] spricht. Eine Agitpropgruppe wird spielen. Wir rufen [illegal] schaft von Weißenfels auf, sich am 2. März um 7 Uhr [illegal] Bahnhof einzufinden und die Genossin Hoelz zu empfangen [illegal] mit durch die Stadt zu demonstrieren. Einwohner von [illegal] fels! Besucht diese IAH-Kundgebung! Stärkt die Reihen der [illegal] lutionären Arbeiterschaft!

Mansfeld-Sangerhausen

Strzelewicz, der Altmeister der politischen Satire tritt auf für die AS:

Naumburg: Montag, den 2. März, 20 Uhr, Lokal „Ratskeller".

Hettstedt: Sonnabend, den 7. März, 20 Uhr, „Friedrich-Wilhelm-Bad", Burgörner.

Artern: Sonntag, den 8. März, 20 Uhr, im „Goethehaus".

Die „Rote Schmiede"

die Alarmtruppe der Roten Hilfe, spielt in

Sandersdorf am Sonntag, dem 1. März, 20 Uhr, im Gasthof „Funke".

Rote Hilfe Mitteldeutschland.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Proleten können verhungern — monarchistische Offiziere bekommen hohe Pension

A.-K. Elsterwerda. Als eine Folge der Notverordnung wird jetzt an alle Kriegsbeschädigten, die auf die Rente verzichtet haben oder eine Abfindung bekommen haben oder deren Rentenanspruch nur zu 20 Prozent anerkannt worden ist, keine Geldleistungen mehr gewährt. Das bedeutet, daß die kriegsbeschädigten Proleten samt ihren Familien verrecken sollen. Das deutsche Vaterland hat nichts für sie übrig. Einzig Arzt und Arznei ist für die Kriegsbeschädigten frei, zum Leben aber bekommen sie nichts.

Nun kurz die andere Seite der Medaille. Für die, die schon genug haben, da ist etwas da! Ein Generalarzt zum Beispiel, der während des Krieges hinter der Front bei Braten und Wein gesessen hat, und auch die hohen Offiziere, die bekommen laut Gesetz eine monatliche Entschädigung von 600 Mark und noch mehr. So bekommt der Generalobearzt Elde monatlich 620 Mark Pension. Außerdem hat dieser Arzt noch eine große Praxis. Hier wird also das Geld hinausgeschmissen. Da spricht man nicht vom Doppelverdiener. So wird nur die Proletenfrau bezeichnet, die gezwungen ist, ein paar Pfennige mit zu verdienen.

Auch diese Tatsachen müssen die Proleten zu der Ueberzeugung bringen, daß nur der schärfste Kampf gegen eine derartige Gesellschaftsordnung die Proleten aus ihrem grenzenlosen Elend befreien kann.

Reichsbannerpleite auch in Torgau

A.-K. Torgau. Der Reichsbanneraufmarsch am 22. Februar sollte auch im Torgauer Kreise etwas ganz Gewaltiges werden. Von Eilenburg und Düben und aus der ganzen Umgebung waren die Republikschutzgarden zusammengezogen worden.

Ganze 175 Mann haben die Sozialfaschisten nach allem Tamtam auf die Beine gebracht.

Die Torgauer Einwohnerschaft machte sich natürlich über die [illegal] rotgoldene Pleite lustig. Auf dem Marktplatze hielt Genosse [illegal] eine „große" Rede, die aber sehr kurz war. Der Zug [illegal] Transparente und ohne jedes Leben durch die Straße. [illegal] ganzer Arbeiterschaft weiß, wo sie hingehört. Sie [illegal] großen Mehrzahl in den Reihen der revolutionären [illegal] sie kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen Sozialfaschismus. Die paar Proleten, die den SPD-Bonzen [illegal] nachliefen, werden auch sehr bald erkennen, daß ihr Platz [illegal] revolutionären Arbeitern ist.

An die Ortsgruppen des Unterbezirks Wittenberg

Die Landarbeiterkonferenz für den Unterbezirk [illegal] findet am Sonntag, dem 1. März, vormittags 10 Uhr, in [illegal] feld im Fläminger Hof statt. — Alle Delegierten müssen [illegal] pünktlich einzufinden. Unterbezirksleitung.

Bitterfeld. Der Arbeiter-Schach-Wettkampf [illegal] Bitterfeld und Delitzsch am 8. März findet nicht [illegal] findet ein Schachturnier am 1. März statt, woran sich [illegal] Halle, Delitzsch, Bitterfeld und Sandersdorf (in Bitterfeld [illegal] haus).

Werktätige, Männer und Frauen

Heraus zum Massenprotest gegen die Enzyklika [illegal] und gegen den Faschismus.

Traute Hölz, Berlin, spricht!

Sonnabend, den 28. Februar, 20 Uhr, in Eisleben (siehe Plakat.) Truppe „Alarm" spielt.

Sonntag, den 1. März, 20 Uhr, in Sangerhausen (siehe Plakat.)

Sonntag, den 1. März, 16 Uhr, in Nordhausen. (siehe Plakat.)

Montag, den 2. März, 20 Uhr, in Weißenfels. Schauspiel.

Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, in Zeitz. „Schlageter" [illegal]

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und [illegal] Bruno Rothe, Halle, für Kreise und Gaukreise; Elli [illegal] für Provinz; Karl Kühn, Merseburg, für Betriebe und [illegal] Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310228-19/fragment/page=0012